

Springpunkte

Rolf Hecker, Springpunkte. Beiträge zur Marx-Forschung und „Kapital“-Diskussion; Dietz Berlin 2018, 320 S., 18,00 Euro

Der Sammelband umfasst Artikel des Marxforschers Rolf Hecker aus den Jahren 1987 bis 2018. Er war an sechs MEGA-Bänden zu „Kapital und Vorarbeiten“ beteiligt, drei vor und drei nach der Wende. Während diese Edition durch politische Ereignisse Anfang der 1990er nur vorübergehend unterbrochen wurde, war die erste MEGA (1927-1935/41) aus politischen Gründen ganz eingestellt worden. Daher stammt Heckers Interesse an jener alten Edition, deren in den 1990ern geöffnete Archivmaterialien er in Moskau auswerten konnte, und die er im Argument-Verlag in den „Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge“ in Sonderbänden erstpublizierte.

Er machte bisher unbekannt Details über die international zusammengesetzten hochmotivierten Arbeitsgruppen und Einzelpersonen öffentlich, die in nur wenigen Jahren ein enormes Pensum bewältigten: Sammlung und Entzifferung der Handschriften, Erarbeitung von Editionsgrundsätzen, Erläuterungen usw.; all das bei unsicheren Anstellungsverträgen, häufigem Personalwechsel, harten Wohn- und Lebensbedingungen und immer unerträglicher werdender politischer Reglementierung durch die Parteiführung unter Stalin, der eine wissenschaftliche, nicht propagandistische Edition suspekt geworden war. Die Verhaftung des als Marxforscher international hochangesehenen Leiters Rjasanov (1931) und weiterer Mitarbeiter

führte in der 1936 einsetzenden „Säuberungswelle“ zum faktischen Aus der Edition. Es war primär die Eigeninitiative Pavel Vellers, dass die von ihm bearbeiteten „Grundrisse“ 1939/1941 noch erscheinen konnten.

Der zweite der drei Teile des Sammelbands ist ein theoretischer mit dem zentralen Aufsatz: „Zur Entwicklung der Werttheorie von der ersten zur dritten Auflage des ersten Bandes des „Kapitals“ (1867-1883)“ (127-188). Es ist der einzige vor 1990 verfasste Beitrag (Marx-Engels-Jahrbuch 1987), und er ist aus meiner Sicht der beste. Hecker gehörte als Spezialist für dieses Thema zu den Bearbeitern jener drei Auflagen in der MEGA (II/5, II/6, II/8), und ihm gelingt der Überblick über das lange Marx'sche Ringen, die Begriffe im ersten Kapitel, das seit 1859 „Die Ware“ heißt, gleichzeitig zu schärfen und sie verständlich darzustellen. Es geht um drei Kategorien: Werts substanz, Wertgröße und, vor allem, Wertform, diese wiederum als einfache, entfaltete und allgemeine bzw. Geldform.

Engels hatte Marx noch kurz vor dem Druck der ersten Auflage 1867 aufgefordert, die Lektüre zu erleichtern: durch übersichtliche Gliederung sowie durch den Nachweis der Wertformen „auf historischem Wege“. Marx reagierte mit dem Anhang „Die Wertform“, den er im Vorwort als Alternative zu der „schwerverständlichen“ Analyse des Haupttextes dem „nichtdialektischen Leser“ empfahl. Er befolgte Engels' Kritik aber nur teilweise. Hecker kommentiert: „Obwohl Engels Marx geraten hatte, den Anhang historischer anzulegen,

fällt auf, dass Marx keine Beispiele aus der Geschichte der Warenproduktion oder des Geldes anführt, sondern die Wertform ‚didaktisch‘, das heißt vor allem mit ausführlicherer Untergliederung darstellt“ (150).

Daran änderte auch die zweite Auflage (1872) nichts, wo Marx die doppelte Darstellung der Wertform durch Umarbeitung des ersten Kapitels aufhob. Hecker legt Wert auf die Feststellung, dass es sich dabei nicht um eine Integration des Anhangs in den Haupttext handelte; sondern dass sich umgekehrt die Umarbeitung am Anhang orientierte, und zwar sowohl in der Abschnittsgliederung und der Hereinnahme der Geldform als auch in ganzen Textpassagen. Die „Präzisierung der Werttheorie“ war damit im Wesentlichen abgeschlossen. Die Veränderungen in der dritten Auflage (1883) haben „nicht den gleichen Stellenwert“ (184).

Hecker zufolge kommt Engels‘ Historisierungsvorschlag für Marx grundsätzlich nicht infrage. In der wissenschaftlichen Analyse der Wertform dienen geschichtliche Erscheinungen nur als „Illustrationen“. Die einfache Ware bildet nicht als vorkapitalistische Stufe, sondern als Zellenform der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsverhältnisse den Anfang der Darstellung. Die Jahrzehnte lange Kontroverse über den Vorrang der „logischen“ oder der „historischen“ Methode ist für Hecker zugunsten der ersteren entschieden, wenn auch nicht in allen Lehrbüchern, so doch ganz sicher in der MEGA. Angemerkt sei, dass dies nicht zuletzt ein Verdienst Heckers war, der sich auf die fortgeschrittenen sowjetischen Interpreten stützen

konnte. Implizit kritisiert er damit Engels selber, der nach Marx‘ Tod sogar den Begriff der „einfachen Warenproduktion“ als einer historisch selbständigen Formation einführte. Die Kritik explizit zu führen, hieß aber, einen „Gegensatz zwischen Marx und Engels“ zu behaupten, und den durfte es offenbar auch in den letzten DDR-Jahren nicht geben. Hecker holt dies in dem zweiten Aufsatz nach (189-200), den er 1997 ursprünglich für das „Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus“ verfasst hatte.

Da bleibt aber noch etwas klärungsbedürftig, nämlich die kurze Darlegung der Wertform durch Marx in der populären Broschüre „Kapital und Arbeit“ von Johann Most. Zwar wollte Marx nicht als Autor der Überarbeitung ihrer zweiten Auflage (1876) genannt werden, aber er hat nachweislich die sechs Seiten über „Waare und Geld“ neu geschrieben. Hecker geht darauf nicht nur in seinem zentralen Aufsatz ein, sondern erneut im dritten Teil des Sammelbands, der weitere Einzelbeiträge zur „Kapital“-Rezeption im 19. Jahrhundert enthält (209-285). Er bezeichnet den Marx‘sehen Text als „vierte Fassung der Wertformanalyse“ (264), die deshalb auch in den MEGA-Band II/8 als Anhang aufgenommen worden sei. (Wieder sein Verdienst? Wenn ja, dann hat auch der Rezensent eines, weil er 1985 einen Kommentar zu dem von der Wuppertaler Marx-Engels-Stiftung aufgefundenen und faksimiliert veröffentlichten Marx‘sehen Handexemplar verfasst hat, den Hecker auch würdigt).

Praktisch ohne die Terminologie des „Kapital“ stellt Marx die Wertform-

entwicklung bis zum Geld (beginnend mit zufälligem Tausch von Tierfellen gegen Salz) unzweideutig als historisch aufeinanderfolgende Stufen dar, wie nämlich mit fortschreitender Arbeitsteilung die Menschen ihre Produkte tauschen: (1) vereinzelt und nur den Überfluss, (2) gewohnheitsmäßig, (3) allgemein innerhalb eines bestimmten Gebiets, wo das Tierfell allgemeines Äquivalent und schließlich (4) Geld wird. Also doch historische statt logischer Darstellungsweise? „Nein“ für die „wissenschaftliche Form der Darstellung“. Aber „Ja“ für einen *didaktisch* angelegten „populären Abriss“, der sein Hauptziel verfehlen würde, nämlich „auf die Öffentlichkeit einzuwirken“, wenn er sich zu „pedantisch an die strenge Form“ hielte. Hecker gibt diese Marx'schen Formulierungen aus einem Brief von 1879 (MEW 34, 384) wieder, aber ohne Kommentar, der die alte Debatte Logisch vs. Historisch wieder aufrollen würde – trägt somit ein Stückchen zu Engels' Ehrenrettung bei.

Der Band ist allen an Marxforschung Interessierten zu empfehlen, die nicht die verstreuten Erstveröffentlichungen besitzen. Ein kritischer Hinweis: Wo so oft von Übersichtlichkeit der Darstellung die Rede ist, wäre zum Beispiel vor den einzelnen Beiträgen ihr Entstehungsjahr eine nützliche Angabe gewesen. Auch die Fußnoten hätten eine erneute Kontrolle verdient. Dagegen ist es ein Vorzug, dass der Autor der Versuchung widerstanden hat, seine ursprünglichen Texte zu verändern, auch nicht den von 1987.

Winfried Schwarz

Karl Marx – toter Hund für die Gewerkschaften?

Nicole Mayer-Ahuja / Heinz Bierbaum / Frank Deppe / Klaus Dörre / Hans-Jürgen Urban, Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften? Fünf Antworten. VSA:Verlag, Hamburg 2019, 112 Seiten, 9.80 Euro

Um es gleich vorwegzunehmen, die Autorinnen und Autoren konstatieren in ihren Beiträgen zur im November 2018 abgehaltenen Marx-Konferenz der IG Metall einhellig, dass Marx nach wie vor ein äußerst prägnanter, wenn nicht gar der Ratgeber sui generis der Gewerkschaften ist und sein sollte.

So zeichnet Frank Deppe zu Beginn des Bandes ein prophetisches Marx-Bild, habe dieser doch die „Kommodifizierung aller Lebensbereiche“ vorausgesehen. Zurückgedrängt werden könne diese nur durch die Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Hierbei spielten Gewerkschaften eine besondere Rolle. Ihr Bildungs- und Arbeitsauftrag müsse es sein die Klassengegensätze aufzuarbeiten und zu vermitteln. Deppes historischer Aufschlag betont die revolutionäre Rolle der Gewerkschaften und die für deren Arbeit inhärente Bedeutung des Sozialismus. Immer wieder verknüpft Deppe die marxische Gesellschaftsanalyse, ebenso wie dessen politische Forderungen, etwa zur Verkürzung der Arbeitszeit, mit der Gegenwart und zeigt auf, wie hochaktuell und konstitutiv Marx für die Gewerkschaften immer noch ist.

Während Deppe auf den notwendigen Doppelcharakter der Gewerkschaften verweist, arbeitet Heinz Bierbaum grundlegende Erkenntnis-

se marxistischer Ökonomie auf. Er stellt den Doppelcharakter der Arbeit ebenso prägnant dar wie er die kapitalistische Krisenwirkung, sowie deren Produktionsweise und den damit einhergehenden Druck und Prekariisierungswirkungen auf die Beschäftigten erläutert. Ebenso geht er auf die Apologeten der digitalen Revolution und deren Widersprüchlichkeit im kapitalistischen System ein. Arbeitsverdichtung und Leistungsdruck sind trotz Digitalisierung keine unbekanntem Phänomene und sie entspringen dem im Kapitalismus angelegten Bedürfnis der Profitmaximierung. Der Share-Holder-Value-Ansatz ist die neueste und nach der Ära des Fordismus auch brutalste Form dessen. Im Zeitalter des Neoliberalismus erlebe die Klassenfrage allerdings eine Renaissance. Soziale Ungleichheit und Klassengegensätze rückten wieder in den Fokus. Wie richtig Bierbaum damit liegt, zeigen etwa die Erfolge echter linker Kandidaten in Großbritannien und den USA, aber auch deutsche Debatten wie die um die Enteignung großer Wohnungskonzerne in Berlin.

Kritik an aktuellen „Debatten über ‚die Digitalisierung‘, ‚die Globalisierung‘ oder ‚Finanzialisierung, die nahelegen, dass ‚die Technik‘ oder ‚die Märkte‘ gleich Naturgewalten über die Menschheit hereinbrechen“ übt Nicole Mayer-Ahuja. Die Umstände in denen wir leben seien menschengemacht, also auch immer gestaltbar. Ausgangspunkt für Gestaltungspotential ist jedoch der Interessengegensatz von Arbeit und Kapital und in dieser Auseinandersetzung nähmen wiederum die Gewerkschaften eine zentrale Rolle ein. Gerade

auf der betrieblichen Ebene der Arbeitspolitik, so erinnert sie, kämpfen Gewerkschaften um die Bedingungen zu denen Arbeitskraft bereitgestellt wird. Die Bedingungen kann jedoch nur verändern, wer zu tiefgreifender Analyse arbeitstechnischer Veränderungsprozesse in der Lage ist. So ist denn auch Mayer-Ahujas Appell zu verstehen, nicht im Ungefähren zu bleiben, sondern am konkreten Gegenstand zu arbeiten, den Unternehmen. Daraus folgert sie letztlich Wechselwirkungen von gewerkschaftlicher Betriebspolitik, staatlichem Handeln und transnationaler Arbeitspolitik. Diese müssten sowohl Betriebsräte, als auch Gewerkschaften wieder stärker in den Blick nehmen, um ein verbindendes Element in der Arbeiterschaft zu implementieren und den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Eine große Herausforderung, wenn man die Entsolidarisierungstendenzen innerhalb von Belegschaften und/oder Klassen beobachtet. Man denkt an die Ausbreitung prekärer Arbeit und wünscht sich sofort einen noch deutlicheren Appell.

An einer schärferen Akzentuierung übt sich Klaus Dörre, der zunächst feststellt: „Demokratischer Marxismus muss wehtun“. Dörre verbindet Marx mit dem Feld der Ökologie und stellt fest, dass erst Karl Marx die Grundlage geschaffen habe, die „Zangenkrise von Natur und Gesellschaft“ zu analysieren. Dörre sieht den Wandel des industriellen Klassenkonflikts hin zum sozialökologischen Transformationskonflikt und verbindet damit die soziale Frage mit den großen Herausforderungen zukunftsgerichteter Umwelt- und Kli-

mapolitik. Hierbei hätten gerade Gewerkschaften die Verantwortung mit progressiven Konzepten voranzuschreiten, anstatt auf Beharrungskräfte zu setzen. Hierbei sieht Dörre die Chance der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, sich an die Spitze der Reformbewegung zu setzen und dabei gleichzeitig eine Ausweitung der Mitbestimmung im Produktionsprozess zu beanspruchen und durchzusetzen.

Hans-Jürgen Urban kritisiert zunächst die auffallend geringe Auseinandersetzung der deutschen Gewerkschaften mit Karl Marx in seinem 200. Geburtsjahr. Er erinnert auch seine eigene Gewerkschaft daran, dass „normativ begründete Appelle“ ohne grundlegende „polit-ökonomische Kapitalismusanalyse“ nicht verfangen. Urban plädiert dafür den Appellen auch den Fingerzeig auf das ursächliche Problem folgen zu lassen, den Kapitalismus. Dessen inhärente Krise habe stetige gewerkschaftliche Abwehrkämpfe zur Folge, die nur gewonnen werden könnten, wenn der Begriff der Arbeiterklasse auch in Zukunft gemessen am materiellen Gehalt der Arbeit sinnvoll weiterentwickelt werde. Um letztlich auch die *Klasse für sich* entstehen zu lassen, dürfe sich nicht auf den „Kleinkrieg gegen das bestehende System“ beschränkt werden. Vielmehr habe die politische Linke den Auftrag „die enormen Kosten der kapitalistischen Leistungen ins gesellschaftliche Bewusstsein zurückzuholen“ und vor allen Dingen eine alternative ökonomische Vision im Gegensatz zum real existierenden Kapitalismus zu zeichnen. Erst dann werde die politische Linke mehrheitsfähig.

Das Buch „Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?“ ist auch für Einsteiger ein einprägsam-kurzweiliger Sammelband, der die Aktualität marxischer Kapitalismusanalyse intelligent aufarbeitet und dabei die Rolle der Gewerkschaften ins Zentrum rückt. Norbert Blüm (CDU) sagte 1986 im Bundestag: „Würden sie auf der IG-Metall-Schule mal die Arbeiter weniger über Karl Marx als über ihre gesetzlichen Rechte aufklären, würden sie mehr für die Arbeitnehmer leisten“. Das Gegenteil ist der Fall: Die deutschen Gewerkschaften sollten wie in diesem Sammelband mehr Marx wagen.

Joshua Seger

Maschinerie bis Mitbestimmung

Wolfgang Fritz Haug; Frigga Haug; Peter Jehle; Wolfgang Küttler (Hrsg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 9/1, Maschinerie bis Mitbestimmung, Argument, Hamburg 2018, 560 S., 108 Euro

Die Herausgabe des Historisch-kritischen Wörterbuchs (HKWM) ist ein Langzeitunternehmen, das seit nunmehr einem Vierteljahrhundert währt und das einen unschätzbaren Wissens- und Theorienspeicher für die Linke generiert. Bedauerlicherweise hat das HKWM im vergangenen Jahr zwei prominente Mitglieder seines internationalen Beirats verloren, Samir Amin (1931-2018) und Domenico Losurdo (1941-2018). Der neueste Band 9/1 reicht von „Maschinerie“ bis „Mitbestimmung“ und enthält zahlreiche wichtige Stichwörter.

te, etwa „Mehrwert“ (É. Balibar), „Meinungsfreiheit“ (S. Wittich-Neven), „Menschenrechte“ (É. Balibar, N. Paech), „Mensch-Natur-Verhältnis“ (W. Schmied-Kowarzik, M. Bürger), „Miete“ (B. Belina), „Migration“ (G. Hetfleisch, T. Geisen) und „Milieu“ (M. Vester). Obwohl an dem Werk rund 90 Autorinnen und Autoren beteiligt sind, ist es in einem bemerkenswert einheitlichen, reichhaltigen und schnörkellosen Stil gehalten. Von überwiegend historischem Interesse sind die Stichworte rund um das Thema „Masse“ (G.H. Cori), darunter „Massenbewegung, Massenorganisation“ (W. Adolphi, L. Brangsch), „Massenkultur“ (K. Maase) und „Massenstreik“ (F. Haug, F. Wilde und F. Heidenreich). Eine Ausnahme ist das Lemma „Massenkommunikation“, das Mobiltelefonie, Internet und digitale Monopolunternehmen einbezieht. Der „dialektische“ und der „historische“ Materialismus wurden bereits in Band 2 bzw. Band 6/I behandelt. Ramkrishna Bhattacharya schreibt über den altindischen Materialismus, der überwiegend durch die Schriften seiner zeitgenössischen Gegner bekannt ist, und der die Verneinung eines Lebens nach dem Tod mit einer Kritik am Kastenwesen verbindet. Beachtlich ist ein Artikel von Wolfgang Fritz Haug über den antiken griechischen Materialismus. Im Zentrum steht Marx' Rezeption Epikurs und dessen Verdienst, mit deterministischen Vorstellungen gebrochen zu haben. Den vielfach kritisierten „Egoismus“ und das selbstgenügsame „Glückseligkeitsstreben“ in der epikureischen Philosophie erklärt Haug historisch als Reaktion

auf die Auflösung der griechischen Polis unter dem Druck von Krieg und Fremdherrschaft. Uta von Winterfeld kritisiert den „neuen feministischen Materialismus“ und insbesondere den „agenziellen“ und „posthumanistischen Realismus“ Karen Barads, der den Unterschied zwischen angeblich „agierender“ Materie und handelnden Menschen einebnet. Dieser „new materialism“ ist weder neu noch materialistisch und auch nicht kritisch. Der „Anti-, Post- und Transhumanismus“, so Peter Jehle, suche als Spielart des „mechanischen Materialismus“, den kapitalistischen Eliten freie Bahn zu schaffen (Sp. 208).

Linke Pflichtlektüre sollte das Lemma „Mehrarbeit“ sein. Klaus Dörre und Florian Butollo definieren Mehrarbeit in Anlehnung an Marx als „Quelle eines Überschussprodukts, das im Kapitalismus die Form des Mehrwerts annimmt“, wobei die jeweils herrschenden Klassen „in der Lage sind, qua Eigentumsrechten über das erzeugte Mehrprodukt zu verfügen“ (Sp. 404). Die Autoren rekapitulieren Marx' Argumentation, setzen sich mit Rosa Luxemburgs Akkumulations- und Imperialismustheorie auseinander, erörtern die Bedeutung der Digitalisierung und befassen sich mit der Naturzerstörung, die eine von der Jagd nach Mehrwert angetriebene Produktion mit sich bringt. Sie zitieren Oskar Negt, demzufolge Herrschaft „imstande ist, die Regeln vorzugeben, nach denen die Menschen ihre Zeit aufzuteilen gezwungen sind und in welchen Räumen sie sich zu bewegen haben“ (zit. n. Sp. 414). Frigga Haug vervollständigt den Artikel mit ihrem Abriss

der marxistisch-feministischen Theorien, die die Rolle der häuslichen, überwiegend von Frauen verrichteten Arbeit für die kapitalistische Produktion untersuchen. Sie betont, dass reproduktive Arbeit nicht mehrwertbildend ist und grenzt sich damit von früheren feministischen Theorien ab. Frauen leisteten „die notwendige Arbeit zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft, ihre Entstehung und Pflege bis hin zur Entwicklung (...) der je eigenen Person“ (Sp. 426). Genau genommen geht es um die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeit, die längst nicht alle wirklichen Tätigkeiten umfasst, was keine Unzulänglichkeit der Theorie, sondern der Praxis ist. Vorsicht scheint geboten mit Blick auf die Gefahr einer Idealisierung reproduktiver Arbeit, etwa wenn vom „fürsorgenden Miteinander“ oder davon die Rede ist, dass Frauen „die zukünftigen Hoffnungen“ (Sp. 427) verkörpern. Wie jede Tätigkeit bleibt auch die reproduktive Arbeit von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt.

Michael Zander

Kritik der egoistischen Vernunft als Bedrohung der Menschengattung

Axel Schlotte, Das Blendwerk von Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die heilige Triade des Egoismus. Ein Essay. Athena-Verlag, Oberhausen 2017, 113 S., 19,50 Euro

Hier wird der bekannte Rahmen der Kapitalismus-Kritik gesprengt. Bereits 2016 hatte der Verfasser mit seinem Buch *Kritik der symbolischen Ver-*

nunft. Über den herrschenden Charakter, die ganz vernünftige Anti-Vernunft und die Unmöglichkeit, sie rechtzeitig zu beenden (Radius-Verlag, Stuttgart) den Versuch unternommen, eine drohende Gattungs-Endzeit des Menschen mittels einer lediglich vorgetäuschten Vernunft zu erklären und damit den diskursiven Rahmen bestehender gesellschaftswissenschaftlicher Annäherungen zu verlassen.

Es wird jedoch eine Art intellektueller Elitenvorbehalt bezeichnet, der den gesamten Essay durchzieht: Die Mehrheit der Menschen sei zu der Willensüberwindung weder fähig noch bereit. Es mangle dazu – wie in „Kritik der symbolischen Vernunft“ (2016) betont wird – die Einsicht. Die Herrschaft einer Weisheitselite im Anschluss an Platon erscheint gleichwohl als vernünftiges Gegenbild zum existierenden Zerrbild der Vernunft.

Der Kritik der Freiheit folgen 15 Seiten Kritik des *Wohlstands*. Hier werden alle Argumente leserfreundlich gebündelt, die von der Antike bis Schopenhauer zu jenem Überflüssigen zusammengetragen wurden, das als Notwendiges gewertet wird: der Luxus. Drei Akzentuierungen lässt sich der Verfasser dabei nicht entgehen. Zum einen eine Semantik des Wortes *Wohlstand*: Das Grundwort sei gesellschaftlicher Stand. Daher sei der Zweck des Wohlstands, für Überflüssiges immense Lebenszeit und Arbeit zu investieren, um sich von anderen Menschen zu unterscheiden, um ihre Anerkennung zu gewinnen. Zum Zweiten entstehe das Wohlstandsverlangen unter Voraussetzung jener illusionär positiven Freiheit. Zum Dritten verlaufe Wohlstandssuche als (buddhistisch-

schopenhauerischer) Zyklus von Mangel – Begehren – Befriedigung, dem grenzenlos dieselben Zyklen folgen. Das Resultat des Hyperkonsums und des ökologischen Ruins konnte allerdings von der wohlstandskritischen Tradition noch nicht vorausgesehen werden.

Zum Thema Demokratie wird bemerkt, dass das Volk, wenn es herrsche, keiner Herrschaft bedürfe, dass sich Herrschaft nicht per Repräsentation delegieren lasse oder dass Mehrheits Herrschaft „Majorokratie“ heißen müsse, die laut Kant sich gegenüber Minoritäten despotisch verhielte. In einer Verbindung von Platons Demokratie-Kritik mit der Übernutzungskritik des Planeten wird Demokratie schließlich so charakterisiert: „Die Demokratie ist die zur Staatsform gewordene, allgemeine Herrschaft der egoistischen, rücksichtslosen und maßlosen Begierden der großen Mehrheit der lebenden Menschen – über andere Menschen, über andere Lebewesen, über die Natur und damit auch über künftige Generationen der Gattung Mensch“ (102).

Ein Abschlusskapitel warnt noch einmal vor der durch egoistische Maßlosigkeit, gesponsert von Freiheit, Wohlstand und Demokratie, bewirkten Übernutzung des Planeten. Es kartiert die verbleibenden Möglichkeiten des Umgangs mit dieser Folge: Gesamtruin, globale Unterdrückung der Mehrheit durch eine Minderheit oder Verzicht auf positive Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Verzicht zugunsten wovon? Zugunsten der Herrschaft einer Vernunft, die Schlote als *existentielle* Vernunft der bloßen Vernunftsimulation entgegensetzt. Dabei weist er auch auf das Tierleid

hin, das unser Karnismus ständig produziert und auf den damit sich abzeichnenden Notstand für die Menschen, deren Antibiotikatherapie infolge der Resistenzen ohnehin bald kollabieren werde. Das Buch schließt, ganz im Sinn von Platons Politeia, mit einem irrealen Votum für eine Herrschaft derer, die als Herrschende philosophieren oder als Philosophen herrschen sollen.

Dieser philosophische Essay benötigt eine philosophische Kritik, die seine Annahmen in gleichem Maße hinterfragt wie sie ihnen Relevanz zubilligt. Der Rezensent beschränkt sich auf vier Themen: Egoismus, Freiheit, Demokratie und die am Schluss geforderte Philosophokratie, die Philosophenherrschaft. Schlotes tragende Hypothese ist die egoistische Motivation der Profitgesellschaft, die auf der Basis positiver Freiheit mit dem Instrument der Demokratie Wohlstand generiert und dabei selbstzerstörerisch degeneriert. Inwiefern jedoch bildet Egoismus eine Motivation? Egoismus spielt in der Motivationserforschung keine Rolle mehr. Konsens besteht vielmehr darüber, dass drei Motive grundlegend sind: Leistung, Macht und Anschluss (meist verstanden als Anerkennung). Schlote deutet an, dass genau diese Motive die Verflechtungen bestätigen, die er kritisiert: Leistung sei Wohlstandserwirtschaftung, die auf Anerkennung und Macht angewiesen sei. Egoismus könnte nun ein Sammelbegriff dieser drei Motive sein. Doch mit dem Motiv der Leistung und dem der Anerkennung zeigt das Ego seine Abhängigkeit von anderen und geht über seine Grenzen hinaus. Würde dagegen behauptet, das Leistungs- und Anerkennungsmotiv

seien im Grunde nur Instrumente des Egoismus – eine Sicht, die im 17. Jahrhundert La Rochefoucauld mit seinem *amour-propre*, der Eigenliebe nahelegte –, so wäre dies kein Beweis, sondern eine *petitio principii*, welche lediglich die Voraussetzung wiederholt, dass Egoismus das Grundmotiv sei. Soll Egoismus dagegen nicht lediglich Sammelbegriff der drei bezeichneten Motive sein, sondern eine primäre eigene Motivation besitzen, so fragt sich, worin diese bestehen könnte außer darin, dass das Ego den gesamten Umfang seines Begehrens befriedigen möchte.

Eine andere Konzeption bildete die Ansicht jenes konsequenten Egoisten Max Stirner: „nichts, was man als mein Wesen angibt, erschöpft Mich. [...] Stell' Ich auf Mich, den Einzigen, meine Sache, dann steht sie auf dem Vergänglichen, dem sterblichen Schöpfer seiner, der sich selbst verzehrt, und Ich darf sagen: Ich hab' mein' Sach' auf Nichts gestellt.“

Vielleicht jedoch lässt sich Schlot's Egoismus-Kritik genau dann noch etwas abgewinnen, wenn man deskriptiv zwischen einer psychischen Ich-Bezogenheit und einer präskriptiven Ich-Ausschließlichkeit unterscheidet. Die psychische Ich-Bezogenheit bedeutet unvermeidliche Subjektivität. Sie wertend als Egoismus zu bezeichnen, beruht auf ihrer Verwechslung mit etwas Präskriptivem, verstanden als Eigenwohlpräferenz auf Kosten fremden Wohls. Schlot meint die zweite Bedeutung, belegt sie aber mit der wenig brauchbaren Bezeichnung *Egoismus*. Dass Egoismus in moralisch wertender Bedeutung gern als Waffe benutzt wird, mit der jedoch der Benutzer sich

selbst schadet, zeigt sich in den Fällen, wo selbst Wohltätern Egoismus auch noch dann nachgesagt wird, weil sie an fremdem Nutzen eigene Freude empfinden. Doch gibt es eine Tradition der Entlarvung von Selbstbezogenheit, insbesondere im 17. Jahrhundert in Frankreich: „Der Mensch denkt von Natur aus hoch und hochfahrend über sich selbst und denkt auf diese Weise nur an sich selbst; die Bescheidenheit tendiert lediglich dahin, dass niemand unter jener Einstellung leidet; sie ist eine Tugend des Äußeren, welche seine Blicke, seinen Gang, seine Worte, seine Stimme regelt; sie sorgt dafür, dass der Mensch äußerlich geregelt mit den anderen umgeht, so als sei es nicht wahr, dass er sie für nichts zählt“ (La Bruyère, *Les caractères. De l'homme* 69). Damit wird nicht dasselbe beschrieben wie Schlot's egoistische Motivation, sondern es wird ein selbstbezogenes Verhalten differentialpsychologisch beschrieben. Vielleicht könnte der Verfasser daran anschließen.

Beruht die Annahme *positiver Freiheit* auf einem Irrtum? Hat sich Aristoteles mit seinen präzisen Strukturüberlegungen zum Phänomen der Entscheidung (*prohairesis*) im dritten Buch seiner *Nikomachischen Ethik* restlos geirrt, wenn er Entscheidung als *bouleutikê órexis*, als mit Überlegung verbundenes Streben und damit als positive Freiheit fasste?

Demokratiemitik: Schlot folgt Platons Demokratiemitik, ohne zu bedenken, dass Platon die athenische Demokratie seiner Zeit exakt verfehlt, die nicht auf Freiheit, sondern auf *isonomia*, auf Gleichgesetzlichkeit, gegründet war. Er bedenkt ebenso wenig, dass Platons Kritik der Demokra-

tie faktisch eine Kritik jener Staatsform war, die erst mit der US-amerikanischen Revolution zu Geltung gelangte, nämlich der Republik. Die *Federalist Papers* lehnen ausdrücklich eine Demokratie ab. Die Verständigung auf Demokratie bildet in der Tat eine Unehrllichkeit. Seine Kritik könnte sich verbinden mit der Diagnose von Colin Crouch, wonach unsere Demokratien faktisch zu Lobbykrationen degeneriert sind. Doch leider deutet sich bei Schlote keine solche Verbindung an.

Weisenherrschaft: Diese Vorstellung, die Schlote mit Bedacht für kaum durchführbar hält, aber doch als normatives Gegenbild zur herrschenden Degeneration aufstellt, besitzt mehrere Probleme. Schlote berücksichtigt hierbei auch nicht die Begründung Kants für die Ablehnung einer Philosophenherrschaft: „Dass Könige philosophieren, oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen; weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt“ (*Zum ewigen Frieden*).

Sind Schlotens Gedankengänge wegen verschiedener philosophischer Probleme zu kritisieren, so ist dennoch die Entschiedenheit zu loben, eine Kritik der Gegenwartskultur zu meiden, die der Gattungsbedrohung theoretisch nicht gewachsen ist. Da es darauf ankommt, Philosophien als Antworten auf die Frage nach der menschlichen Gattungsbedrohung zu entwerfen, ist Axel Schlote dafür zu danken, sich dieser Forderung und Anforderung nicht nur gestellt, sondern ausgesetzt zu haben.

Bernhard H. F. Taureck

Harichs Weg zum Marxismus

Wolfgang Harich, Frühe Schriften. Teilband 3: Der Weg zu einem modernen Marxismus. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 1.3. Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer, Tectum Verlag Baden-Baden 2018, 961 S., 59,95 Euro

Mit dem vorliegenden dritten Teilband wird die Edition der Frühschriften Wolfgang Harichs abgeschlossen. Präsentiert werden Artikel, Denkschriften, Gutachten und Briefe, die Harich als Theaterkritiker, Doktorand, Hochschullehrer und Verleger verfasste. Die Mehrheit der Texte kommt zum ersten Mal zum Abdruck, so die Manuskripte und Briefe, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit im Aufbau Verlag und der Deutschen Zeitschrift für Philosophie entstanden (verbunden mit den Namen von Ernst Bloch und Georg Klaus) sind. Andere Beiträge ergänzen das vorliegende Bild sinnvoll. Der Bogen wird gespannt von Harichs Aufsätzen zur Kritik an Ernst Jünger bis hin zum bereits publizierten „Vademecum für Schematiker“ und Harichs weitere Bemühungen um die Weiterentwicklung des Marxismus.

Ebenso wie das Georg Lukacs in der „Zerstörung der Vernunft“ getan hatte, warf Harich Jünger vor, dass er maßgeblich zur Entstehung der Nazi-ideologie beigetragen hatte. Der Tropfen, der für Harich im Fall Jünger das Fass zum Überlaufen brachte, war dann schließlich mit Jüngers „Der Friede“ erreicht. Hier nun bereitete derselbe Jünger mit niveauvollen Stilmitteln die „neue, die

Nachkriegsvariante der antikommunistischen Hetze, nämlich die demagogische Gleichsetzung von Nazismus und Kommunismus“ vor. Das große paneuropäische Friedensreich, für das Jünger eintrat, erwies sich für Harich als nichts anderes „als das gefährliche Trugbild des ‚Westblocks‘, in dem Deutschland offenbar den östlichen Prellbock gegen die Sowjetunion abgeben soll.“ Für Harich war der Bolschewismus die radikalste Ausprägung der Lehren von Marx und Engels. Der Bolschewismus habe die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler getragen und verbürge in der Gegenwart den Frieden und die humanistische Neuordnung der Welt. Er sei humanistisch und fortschrittlich. Jünger hingegen synonymisiere Faschismus und Bolschewismus, indem er beide als Ergebnisse des Nihilismus interpretiere. Im Prinzip laufe diese Argumentation darauf hinaus, nach dem Scheitern des Faschismus nunmehr auch auf das Scheitern der jungen sozialistischen Staaten aktiv hinzuarbeiten.

Zwei erstmals veröffentlichte Dokumente verdeutlichen markant Harichs Weg zu marxistischen Positionen. Fritz J. Raddatz hatte in seinen Erinnerungen behauptet, dass Harich mit seiner Rede aus Anlass der Gründung des Kulturbundes Anfang Juli 1945 seine dritte Konversion, die zum Marxismus, vollzogen hatte. Diese lange als verschollen geltende Rede Harichs veröffentlicht Heyer jetzt erstmals. Sie war 1945 als einzige Rede nicht veröffentlicht worden, da sie Johannes R. Becher für misslungen hielt. Hätte Raddatz statt „war vollzogen“ die Worte „hatte begonnen“ gewählt, wäre er dem tat-

sächlichen Werdegang Harichs näher gekommen. Denn in der Rede kommen zwar Marx und Engels und auch der Begriff Marxismus schon vor, jedoch sind diese Worte hier in der Aufzählung lediglich mit angeführt, kaum etwas deutet auf einen marxistischen Standort Harichs hin. Er hätte sonst auch nicht die Jugend in einer so überdimensionalen Schuldverstrickung gesehen, wie er dies in der Rede tat, während er auf die sozialen Wurzeln von Faschismus und Krieg mit keinem Wort einging.

Welchen großen Erkenntnisfortschritt Harich bis zum 8. Juli 1947 vollzogen hatte, macht die ebenfalls erstmals veröffentlichte „Denkschrift über die Notwendigkeit einer sofortigen Intensivierung unserer Presse-Propaganda-Arbeit in den Westzonen“ deutlich. (Hier in der Überschrift fälschlich auf den 8. Juli 1948 datiert)

Harich stellte klar, dass es der deutsche Faschismus war, der in Deutschland zwölf Jahre lang unter dem „demagogischen Tarnnamen ‚Nationalsozialismus‘“ seine unumschränkte Herrschaft errichtet hatte. Es habe sich dabei um die terroristische Diktatur des reaktionärsten, machtgerigsten und aggressivsten Teils der deutschen Großbourgeoisie und des preußisch-deutschen Junkertums gehandelt. Der Faschismus sei daher eine durch und durch bürgerliche Angelegenheit gewesen. Wörtlich: „Seine Initiatoren waren Großkapitalisten und Junker, seine Mitläufer waren Spießbürger. Sofern sich Arbeiter in der faschistischen Bewegung befanden, handelte es sich um irreführte Elemente, die entweder überhaupt kein Klassenbe-

wusstsein besaßen oder denen ihr Klassenbewusstsein durch die faschistische Demagogie deformiert worden war.“ (S. 1458) Harich nannte den Faschismus die schlimmste Blamage, den fürchterlichsten, das ganze Volk in den Abgrund reißenden Bankrott des Bürgertums. Wer den Faschismus – aus moralischen, religiösen oder sonst welchen Motiven – ablehne, dabei den kapitalistisch-imperialistischen Charakter des Faschismus bestreite oder bagatellisiere und diesen als „Diktatur“, „Totalitarismus“, „Vermassung“ etc. abzutun meine, gebe eine bürgerliche Deutung, die die Sache verfehle und die angefüllt sei mit dem „schlechten Gewissen und den bösen Absichten“ der kapitalistischen Apologie.

Diese im Juli 1947 formulierte marxistische Kritik Harichs am Faschismus ist bis in die Gegenwart aktuell geblieben. Das Establishment offenbart heute sein schlechtes Gewissen und seine bösen Absichten dadurch, dass es den Faschismus immer noch mit dem demagogischen Tarnnamen Nationalsozialismus bezeichnet. Ebenso blieb es bei der Bagatellisierung der faschistischen Barbarei als Diktatur.

Ausdrücklich anzuerkennen ist Heyers Leistung als Herausgeber des 2013 auf 11 Bände konzipierten Nachlasses von Wolfgang Harich, der jetzt bis auf den noch ausstehenden Band vorliegt. Der Band 1 erschien in drei Teilbänden und der Band 6 in zwei Teilbänden. Dank gebührt dafür auch dem Mannheimer Tectum Verlag.

Siegfried Prokop

Europa und die Entstehung des modernen Staates

Andreas Fisahn, Die Saat des Kadmos. Staat, Demokratie und Kapitalismus, Westfälisches Dampfboot, Münster 2016, 421 Seiten, 39,90 Euro

Der Titel des Buches bezieht sich auf die Kadmos-Sage, den Gründungsmythos des griechischen Theben. Kadmos, der Bruder von Europa, sät auf Anraten der Göttin Athene die Zähne des von ihm getöteten Drachen aus. Daraus erwachsen wilde Krieger, von denen fünf den Kampf zwischen ihnen überleben: Aus diesen gehen die regierenden Adelsgeschlechter der Stadt Theben hervor, die später Kadmos zum König erheben. Fisahn zufolge ist diese „Geschichte um die Staatsgründung durch Kadmos ... realistischer“ als die europäische These vom Gesellschaftsvertrag, die auf Hobbes zurückgeht: Dem Kadmos-Mythos zufolge wird der Staat durch die Mächtigen mit Gewalt gegründet, „die Verfügung über die Gewaltmittel definiert den Staat.“ (13)

Fisahn lässt in seinem Buch verschiedene Staatstheorien Revue passieren und legt eine eigene, schlüssige Erklärung vor. Dabei legt er Wert auf die Feststellung, dass der Staatsbegriff nicht, wie es vielfach üblich ist, allein auf kapitalistische Produktionsverhältnisse zu beziehen sei: Der Staatsbegriff sei „allgemein auf politische Organisationsformen anzuwenden“ (208/09), es gehe darum, „die spezifischen Formen und Ausprägungen zu untersuchen, in der sich Staaten – nicht nur die historischen, sondern auch die zeitgenössischen – in der Tat unterscheiden.“ (210). Fisahn geht es um den „modernen, bürgerlichen, ka-

pitalistischen Staat“ und dessen Herausbildung. Und da bietet er eine in der Tat überraschende, originelle Erklärung an: Ähnlich wie der Kapitalismus „als Fundstück der europäischen Geschichte (erscheint), und nur der europäischen Geschichte, weil sich nur in Europa gesellschaftliche Konstellationen entwickelten, welche dieses sozio-ökonomische System hervorbringen konnte[n]“ (204), so ist die Entstehung des bürgerlichen Staates als von der Ökonomie gesonderte Einrichtung „der spezifischen Entwicklung in Europa seit dem hohen Mittelalter geschuldet.“ Dabei ist die Entwicklung von ökonomischer und politischer Herrschaft aus dem europäischen Feudalismus quasi parallel abgelaufen, es gibt keine „zentrale Ursache“: „Die Elemente entwickeln sich zur Totalität bürgerlicher Herrschaft vielmehr gleichursprünglich.“ (257) Damit wendet sich Fisahn gegen im Marxismus verbreitete Versuche, die Entstehung des bürgerlichen Staates aus der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten. Die beiden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft seien vielmehr „auf das singuläre Zusammenfallen unterschiedlicher Faktoren zurückzuführen.“ (257) Das ändert allerdings nichts daran, dass die Besonderung der beiden Kernelemente der bürgerlichen Gesellschaft, die Trennung zwischen Ökonomie und Politik, Hauptmerkmal und Bedingung für die Fortexistenz der kapitalistischen Ökonomie ist und diese in einem engen Verhältnis zueinander stehen.

Fisahn unterteilt seine Darstellung in fünf große Abschnitte. In den Teilen A und B setzt er sich im Wesentlichen mit den Versuchen auseinander, die

Herausbildung des modernen Staates aus den Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie abzuleiten: Dem Markt (Teil A), der Arbeitsteilung und dem Eigentum (Teil B). Letzten Endes lehnt er diese ‚Ableitungsversuche‘ ab. Das heißt allerdings nicht, dass die Herausbildung des modernen Staates quasi unabhängig von den ökonomischen Prozessen erfolgte: „Der Staat ist strukturell abgestimmt auf die spezifischen Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie und deshalb ein besonderes Fundstück der europäischen Geschichte.“ (133)

Im dritten Teil C untersucht Fisahn genauer jene historischen Prozesse, die zur Homologie, zur Verbindung zwischen „kapitalistischer Wirtschaftsform und modernem Staat“ geführt haben: „Im Ergebnis ergibt sich keine einfache Kausalität, sondern ein Geflecht von objektiven und subjektiven Faktoren, die gleichzeitig und gleichursprünglich die neue Produktionsweise und die neue Form der politischen Organisation ... hervorbrachten.“ (139)

Diesen historischen Ansatz entfaltet Fisahn ausführlicher im vierten Teil D: Hier geht er teilweise sehr detailliert der Entwicklung von auf persönlichen Bindungen basierenden Herrschaftsformen in Europa zum modernen Staat nach, den er abkürzend als Zusammenfassung von „moderner Bürokratie“ und „rationalem Recht“ auffasst (240). Beide Elemente gab es schon vor dem Kapitalismus, sie änderten aber ihren Inhalt im Zuge der Herausbildung des Kapitalismus. Triebkräfte sind demnach drei spezifisch europäische Faktoren: Die territoriale Konkurrenz zwischen Staaten, die römische Vorgeschichte und – last but not least – die katholische Kirche, die er als „Vorrei-

ter für eine hierarchische, gleichsam moderne Bürokratie“ sieht (256). Besondere Aufmerksamkeit verdient m.E. der erstgenannte Aspekt: „... dass die militärische Konkurrenz der Staaten in der frühen Neuzeit auch zu einer ökonomischen Konkurrenz der Staaten führte, die erstmals nach dem Mittelalter zu einer intentionalen und interventionistischen oder überhaupt zu einer staatlichen Wirtschaftspolitik führte. Die Staaten konkurrierten auch ökonomisch.“ (203)

Der fünfte und letzte Teil (F) stellt die Frage, ob die Demokratie (in ihrer parlamentarischen Form) die dem Kapitalismus am ehesten gemäße politische Herrschaftsform ist. Einerseits scheint der Freiheit und Gleichheit des einzelnen Warenbesitzers die Demokratie und das allgemeine Wahlrecht auf der politischen Ebene am nächsten zu liegen: „Die Freiheit des Warenbesitzers hat gleichsam eine überschießende Innentendenz und verweist auf politische Freiheit, d.h. letztendlich Demokratie.“ (308) Andererseits ist Demokratie in diesem Sinne explizit auf die politische Sphäre beschränkt, in der Ökonomie dagegen herrschen Machtungleichgewicht und Despotie. „Im Ergebnis gibt es strukturelle Momente die eine Affinität und solche, die eine Repugnanz von Demokratie und Kapitalismus begründen.“ (374) In der Konsequenz werden politische Entscheidungen dem Primat der kapitalistischen Ökonomie, d.h. der „Verwertung von Wert“ (41) untergeordnet. Demokratie würde also immer dort ihre Grenzen finden, wo die kapitalistische Verwertungslogik verletzt wird. Entscheidend dafür, welche Tendenz die Oberhand gewinnt sind die jeweiligen politischen Kräfte-

verhältnisse, d.h. der „subjektive Faktor“ (375). Interessant ist an dieser Stelle auch Fisahns Betonung des Nationalstaats als Rahmen für die entsprechenden Auseinandersetzungen. Gegen die Übertragung von zentralen demokratischen Entscheidungskompetenzen an die EU wendet er ein: Die EU „erzeugt in der Verteilungsfrage strukturelle Zwänge und schottet sie so gegen den demokratischen Druck subalternen Klassen ab, denn die Opposition formiert sich immer noch vorwiegend national.“ (388)

Fisahns Buch muss m.E. als Meilenstein in der marxistischen Staatsdebatte gelten. In der vorliegenden Rezension können natürlicherweise nur einige Eckpunkte hervorgehoben werden, die dem Reichtum und der Breite der Argumentation des Autors nur unzureichend gerecht werden. Interessant ist über die erwähnten Aspekte hinaus auch seine differenzierte Auseinandersetzung mit Staatstheoretikern wie Pashukanis, Poulantzas, Kofler u.a. Seine explizit auf die historische Entwicklung in Europa fokussierte Darstellung wirft die Frage auf, wie sich das Verhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie und Staat in außereuropäischen Gesellschaften darstellt, inwieweit die Expansion des europäischen ‚Modells‘ abfärbt auf Gesellschaften, die eine völlig andere historische Entwicklung hinter sich haben, die, um Fisahn nochmals aufzunehmen, weder lange und intensive Phasen der zwischenstaatlichen Konkurrenz gekannt haben noch durch römischen Vorgeschichte geprägt wurden und denen die katholische Kirche und deren Regeln unbekannt waren.

Jörg Goldberg

Neo-Nationalismus in der EU

Joachim Becker, unter Mitarbeit von Justyna Kajta, Adam Mrozowicki, László Neumann, Koen Smet, Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 179, Arbeiterkammer Wien 2018, S. 152 (kostenloser Download)

Der Aufstieg einer unterschiedlich definierten modernisierten radikalen Rechten in zahlreichen europäischen Ländern ist Thema zahlreicher Untersuchungen der letzten Jahre. Die Spezifik der Studie von Joachim Becker und seinen Mitautor/inn/en besteht im systematischen Blick auf die sozio-ökonomische Programmatik und Praxis dieser Parteien.

Der begrifflichen Schwierigkeit der Einordnung der doch recht unterschiedlichen Ausrichtungen der untersuchten Parteien entziehen sich Becker und sein Team durch eine basale Kennzeichnung als „neonationalistisch“, womit ein Kernideologem aller Varianten benannt ist. Unterhalb dieser Definition wird eine Typologie unterschiedlicher Ausprägungen dieses Neo-Nationalismus erarbeitet. Becker et al. definieren sie als „neoliberale“, „nationalkonservative“ und „faschistische“ Strömung. Die neoliberale Variante sei gekennzeichnet u.a. durch eine „technokratische Staatsstruktur“ und eine „Abschottung staatlicher Entscheidungszentren gegenüber Interessengruppen“ bei niedrigen Steuern und minimaler staatlicher Absicherung. Zwar werde von Parteien dieses Typs kein offener Wirtschaftsnationalismus vertreten aber „eine Art Freihandelsnationalismus“,

verbunden mit einer Positionierung gegen Migration und für einen „exkludierenden Wohlfahrtsstaatsnationalismus.“ Die nationalkonservative Strömung sei demgegenüber wirtschaftspolitisch flexibler und setze auf eine „pro-aktive Wirtschaftspolitik“ und einen „konservativen Sozialstaat (...), in dessen Zentrum Sozialversicherungen stehen.“ Über Formen des Wirtschaftsnationalismus solle einheimisches Kapital gefördert werden, verbunden mit einem selektiven Protektionismus. Traditionelle Geschlechterrollen und Konservierung von Statusunterschieden spielten eine Rolle, ein exkludierender Wohlfahrtsstaat vor allem dann, wenn es größere Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund gäbe.

Für die faschistische Strömung benennen Becker u.a. ein „zutiefst autoritäres Staatsverständnis“, offenen Rassismus, einen Kult der Gewalt, verbunden mit dem Aufbau paramilitärischer Strukturen. Wirtschaftspolitisch habe diese Strömung keine eigenständige Konzeption zu bieten, vertrete jedoch ein konservatives Sozialstaatsmodell mit harten nationalistischen Ausschließungen und wirtschaftsnationalistischen Positionen zur Stärkung des einheimischen Kapitals (alle Definitionen finden sich in der unpaginierten Vorstellung der Kernthesen).

In einer instruktiven tabellarischen Übersicht werden die drei Strömungen noch einmal entlang der Kriterien „Staatsprojekt“, „Wirtschaftspolitik“, „Sozialpolitik“ und „Nationalismuskonzept“ (5) unterschieden. Dabei wird deutlich, dass sich die Elemente auch unterschiedlich kombinieren lassen, so dass es sich in der Realität häufig um Mischformen handelt, bei

denen sich Elemente unterschiedlicher Strömungen finden.

Im zweiten Teil der Studie präsentieren Becker et al. eine „Europäische Landkarte des Neo-Nationalismus“, die sie nach der Einteilung „Leitländer“ bzw. „Zentren“ über die „niedergehenden Zentren“, „periphere Eurozone“ bis zur „verlängerten Werkbank“ und „finanzialisierte Peripherie“ Land für Land durchgehen.

Für die Zentrumsländer wird nach wie vor von einer Dominanz neoliberaler Politikelemente ausgegangen, die sich aber auch etwa in den baltischen Staaten, der Tschechischen Republik oder der Slowakei finden. Ein Übergewicht nationalkonservativer Elemente konstatieren die Autor/inn/en für die Visegrád-Länder Polen (PiS) und Ungarn (Fidez) – aber auch für Frankreich und Italien, „zwei unter De-Industrialisierung leidenden großen Zentrumsländern.“ Zumeist finden sich in den einzelnen Parteien jedoch Elemente aus den unterschiedlichen Ausprägungen des Neo-Nationalismus. So wird etwa für die AfD programmatisch im Bereich der Wirtschaftspolitik und der Staatskonzeption eine neoliberale Dominanz ausgemacht, sozialpolitisch seien jedoch die nationalkonservativen Elemente verstärkt worden, so dass von einer Mischung gesprochen werden muss (16).

Im dritten Teil der Untersuchung werden drei Fallstudien zu den Ländern Belgien, Ungarn und Polen präsentiert. In allen drei Ländern haben wir es mit unterschiedlichen Ausformungen neo-nationalistischer Parteien in Regierungsverantwortung zu tun, so dass es hier möglich ist, den Blick von der Programmatik auf die reale

politische Gestaltung durch Parteien dieses Typs zu richten.

Mit der „Nieuw-Vlaamse Alliantie“ (N-VA) wird eine deutlich neoliberale Ausrichtung dieser Politik in einem Land des europäischen Zentrums vorgestellt. Nach vier Jahren Regierungsbeteiligung konstatieren Becker et al., dass die N-VA der Regierung ihren Stempel aufdrücken und eine neoliberale Politik im Verbund mit dem flämischen Unternehmerverband durchsetzen konnte. In den Bereichen Rente/Pensionen und Gesundheit seien die Konsequenzen „erkennbar arbeitnehmerInnenfeindlich.“ (73)

Vor dem Hintergrund der zeitweiligen Zweidrittelmehrheit der Fidez steht das autoritäre Staatsprojekt dieser Partei in Ungarn im Vordergrund. Sozial- und wirtschaftspolitisch finden sich Mischformen. So wird die Fiskalpolitik deutlich als neoliberal beschrieben, wohingegen in der Sozialpolitik auch nationalkonservative Elemente, z.B. in der Familienpolitik, zu erkennen sind.

In Polen schließlich dominieren die nationalkonservativen Elemente, was sich vor allem an einer Lohn- und Einkommenspolitik sowie Rentenpolitik festmacht, die die breite Wählerbasis der PiS bedient und vor dem Hintergrund der neoliberalen Politik der Vorgängerregierung zu verstehen ist. Auch das eher positive Verhältnis zu den Gewerkschaften unterscheidet sich von dem der N-VA.

Die zentrale Analyse der sozio-ökonomischen Programmatik und Regierungspraxis neo-nationalistischer Parteien in Europa ist der große Verdienst dieser anregenden und detaillierten Studie. „Fast alle neo-nationalistischen Kräfte haben“, so

schreiben es Becker u.a., „auch eine ausformulierte wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik. Vielfach hat diese einen ausgesprochen anti-sozialen Zuschnitt.“ (123) Vor dem Hintergrund der Zustimmung auch großer Teile der abhängig Beschäftigten zu Parteien dieses Typs und der neuen Debatte über Klassenpolitik wird der Hinweis auf diese Seite der Programmatik oftmals als möglicher Angriffspunkt von links auf diese Parteien gesehen. Doch die Frage, welchen Stellenwert die Sozial- und Wirtschaftspolitik dieser Parteien für die Wählerinnen und Wähler – auch die aus den Unterklassen – hat, bleibt bei Becker u.a. ungeklärt.

Migrationsabwehr und Rassismus stehen in der Analyse der modernisierten radikalen Rechten zumeist im Zentrum, weil hier, im Verbund mit der Ausrichtung gegen die politischen und kulturellen Eliten, der aktuelle Treiber für die Erfolge dieser Parteien zu finden ist. Häufig wird die Frage gestellt, warum abhängig Beschäftigte für Parteien votieren, die sozialpolitisch in Teilen neoliberale und anti-soziale Programmatiken verfolgen (eine Frage, die mit Blick auf die CDU in Deutschland schon seit Jahrzehnten gestellt werden müsste). Becker et al. haben in der Studie verdeutlicht, dass Programmatik und reale Politik dieser Parteien häufig differenzierter sind und unterschiedliche Interessen bedienen. Kein Thema der Studie ist, wie Rassismus und Ausgrenzungspolitik funktional die oftmals antisoziale Politik überdecken und als Klammer zu einer Wählerbasis dienen, die sozialpolitisch ebenfalls zu den Verlierern dieser Politik gehört.

Da linke Politik jedoch immer Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen ins Zentrum stellen muss, bleibt die sozio-ökonomische Flanke zentral für den Kampf gegen rechts. Allerdings, das machen die zahlreichen Länderstudien aber auch die anhaltenden Erfolge der Rechten deutlich, hilft eine einfache „Entlarvung“ nicht weiter. Es kommt darauf an, das Feld der politischen Auseinandersetzung generell zu verlagern und der Rechten nicht nur reaktiv sondern „pro-aktiv“ zu begegnen. „Bei Fragen wie Arbeitsbedingungen, Löhnen und der Qualität von Gesundheitsdiensten hat sich gezeigt, dass neo-nationalistische Kräfte bei sozialen Fragen in die Defensive gedrängt werden können.“ (125)

Gerd Wiegel

Woher die rechtsextreme Dynamik?

Oliver Decker / Elmar Brähler, (Hrsg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Psychosozial-Verlag, Gießen 2018, 328 S., 19,90 Euro

Wer gefährdet die Demokratie? Die Beantwortung dieser Frage wird im öffentlichen Diskurs v.a. von der Extremismustheorie dominiert, der zufolge die politischen „Ränder“ oder der „Islamismus“ vornehmlich demokratiegefährdend seien. Die Ende 2018 neu erschienene Studie unter Herausgeberschaft von Oliver Decker und Elmar Brähler legt eindrucksvoll dar, dass die Frage nach demokratiegefährdenden Dynamiken nicht auf „Extreme“ reduziert werden kann. Al-

lein die Irritation dieses Diskurses durch empirische Daten und deren Interpretation ist bereits ein großer Gewinn.

Bereits im Jahr 2003 erschien die erste der inzwischen zwölf Leipziger „Mitte-Studien“. Inzwischen heißt die Reihe nun „Leipziger Autoritarismus-Studie“. Im Vorwort begründen die Herausgeber, warum der Mitte-Begriff insbesondere in den 2000er Jahren einen entscheidenden Impuls brachte, „antidemokratisches Potenzial in allen Teilen der Gesellschaft sichtbar zu machen“ (9). U.a. durch das empirische Material der Leipziger ist es gelungen, den Blick auch auf die „Mitte“ (politisch sowie soziosstrukturell) zu fokussieren, wenn es um die Identifikation demokratiegefährdender Momente geht. Der Schwerpunkt solle mit der vorliegenden Studie, so die Herausgeber weiter, auf die Ursachen für rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen gelegt werden. Dazu wurden mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe 5.418 Haushalte aufgesucht. 2.416 Interviews wurden schließlich ausgewertet (68). Auf wiederkehrende Kritik an der Messmethode haben die Herausgeber in einer Stellungnahme bereits 2016 reagiert und Messfehler ausgeschlossen (19).

Wie auch in den letzten Publikationen der Reihe wird die Studie theoretisch gerahmt. Oliver Decker zeigt zunächst in Anlehnung an frühere Leipziger Studien und andere Ansätze (u.a. den „Extremismus der Mitte“ von Lipset), dass die Mitte, ob horizontal oder vertikal verstanden, nicht als Zentrum der stabilen Demokratie aufgefasst werden könne. Die Ursache dafür, dass rechtsextremistische

Weitere Einstellungen und daraus erwachsende Handlungen in der Gesellschaft so verbreitet sind, sieht Decker nicht etwa in einer Unwissenheit der Bevölkerung oder in einer Unterdrückung der Massen, sondern in der Bereitschaft vieler Menschen, sich einer Autorität zu unterwerfen. Decker akzentuiert hierbei die Bedeutung eines so genannten sekundären Autoritarismus, der in Deutschland durch die Identifikation mit dem Kapitalismus oder spezieller, mit dem deutschen „Wirtschaftswunder“ (45ff.), gekennzeichnet sei und der bei Krisen in einen primären Autoritarismus umschlagen könne (49). Die Bereitschaft des Einzelnen, sich einer Autorität zu unterwerfen und gleichzeitig andere abzuwerten, bezeichnet er als autoritäres Syndrom (50f.), welches sich durch lebenslange Erfahrungen mit Autorität und bestehender oder ausbleibender Anerkennung konstituiere (55). Teil dieses autoritären Syndroms seien auch rechtsextreme Einstellungsmuster, deren gemeinsames Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen bildeten.

Anhand von sechs Dimensionen untersucht die Studiengruppe die rechtsextremen Einstellungen in Deutschland: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (66). Die Ergebnisse können hier im Einzelnen nicht dargestellt werden. So sind jedoch ausgewählte Zahlen bereits alarmierend: Zirka 36 Prozent der Befragten zeigen der Studie zufolge ausländerfeindliche Einstellungen. 30 Prozent offenbaren eine latente Ausländerfeindlichkeit (109). Ins-

gesamt lassen also zirka 60 Prozent der Befragten latente bzw. manifeste ausländerfeindliche Einstellungen erkennen. Auf die Untersuchung antisemitischer Einstellungen legt die vorliegende Studie ein besonderes Augenmerk und unterscheidet dabei zwischen primärem und sekundärem Antisemitismus. Die Untersuchung der letzteren Form erscheint insbesondere deswegen von großer Relevanz, weil die Autor*innen von einer hohen Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen in Deutschland ausgehen. Demnach stimmen rund 10 Prozent der Befragten traditionell-antisemitischen Aussagen zu. Je nach Aussage befürworteten sogar über 50 Prozent der Befragten antisemitische Aussagen, wenn eine Umwegkommunikation (bspw. die Relativierung des Holocaust) möglich sei (212).

Als Kernursache einer Gefährdung der Demokratie betrachtet die Forscher*innengruppe um Decker und Brähler den Autoritarismus (179). In Anschluss an weitere Arbeiten benennen die Autor*innen, dass ein rein ökonomischer Blick auf die rechtsextremen Dynamiken zu kurz greife, also soziale Benachteiligung nicht unmittelbar zu rechtsextremistischen Einstellungen führe (175). Mittels der vielfachen Differenzierung der Daten (u.a. Geschlecht, Ost-West, Alter, Konfession, Parteipräferenz) werden bereits mögliche Pfade für die Herkunft des Autoritarismus gelegt – wenn auch nicht kausal. Jedoch wäre dabei ein stärkerer klassentheoretischer Akzent über die individualisierte Diagnose autoritärer Syndrome hinaus wünschenswert gewesen.

Anhand der Ergebnisse wurden mit-

tels Clusteranalysen Personentypen herausgebildet, die – mit jeweiligen Spezifizierungen – demokratisch orientiert, anfällig für autoritäre Flucht oder autoritär geprägt seien (132ff.). Interessant ist, dass zwar zirka 94 Prozent der Befragten die Demokratie für die ideale Staatsform hielten, jedoch nur knapp 50 Prozent mit der spezifischen Umsetzung in Deutschland zufrieden seien (117). Zweifellos ist es ein Indikator für eine Krise der Demokratie, wenn der Zustimmungswert zur demokratischen Praxis eines Staates derart niedrig ist. Die Stärke der Studie liegt u. a. auch darin, dass die Krise der Demokratie anhand sozialpsychologischer Kriterien untersucht wird. Demokratietheoretisch informiert wäre es aber wohl auch angebracht, zu hinterfragen, ob eine ablehnende Haltung gegenüber der bürgerlich-liberalen Demokratie tatsächlich unmittelbar autoritäre Syndrome anzeigt – nicht gemeint ist damit bspw. die in jeder Form von Demokratie notwendige Garantie universeller Rechte, welche von vielen Befragten abgelehnt wird (112). Dennoch sollte unstrittig sein, dass eine Kritik an der Beschränktheit der demokratischen Verhältnisse in Deutschland unabdingbar ist. Auch das würde die Leipziger Gruppe wohl nicht negieren. Ein stärkerer Fokus bzw. eine klarere Differenzierung mittels demokratietheoretischer Kriterien wäre also mit Sicherheit gewinnbringend gewesen, um einen affirmativen Blick auf die politische Arena zu vermeiden.

Dominik Feldmann

Identitätspolitik

Francis Fukuyama, Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet. Hoffmann und Campe, Hamburg 2019, 237 Seiten, 22 Euro; Lea Sussemichel/Jens Kastner, Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Unrast, Münster 2018, 152 Seiten, 12,80 Euro

„Dieses Buch wäre nicht geschrieben worden“, so Francis Fukuyama im Vorwort, „hätte man Donald J. Trump nicht im November 2016 zum Präsidenten gewählt“ (9). Unter Berufung auf Hegel beklagt der Autor, dass die „Anerkennung universaler Art“ in Frage gestellt werde durch „partielle Varianten der Anerkennung, die auf Nation, Religion, Sektenzugehörigkeit, Rasse, Ethnizität oder Gender“ beruhen; Identitätspolitik sei eine der „Hauptbedrohungen“ der „liberalen Demokratie“ (16f.). Durch die globale Wirtschaftskrise ab 2008 habe sich ein „Trend in Richtung einer immer offeneren und liberaleren Weltordnung“ (21) umgekehrt. Den Wunsch nach „Identität“ interpretiert Fukuyama als Ausdruck der Auflösung festgefügtter gesellschaftlicher Positionen sowie damit verbundener Anforderungen und Rechte. Der Auflösungsprozess habe sich schubweise zu Beginn der Neuzeit, während der europäischen Industrialisierung im 19. Jahrhundert und nach 1968 vollzogen. Um die historische Dynamik zu erklären, will Fukuyama die Theorien von Karl Marx und Max Weber vereinen. „Materielle Umstände wirken sich offensichtlich auf die allgemeine Empfänglichkeit von Ideen aus. Diese haben jedoch ihre eigene innere Logik,

und ohne den von ihnen gelieferten kognitiven Rahmen interpretieren Menschen ihre materiellen Bedingungen unterschiedlich“ (46). In zahlreichen politischen Konflikten gehe es nicht nur um materielle Fragen, sondern auch um die Wiederherstellung verletzter Würde. Als Beispiele aus jüngerer Zeit nennt Fukuyama unter anderem MeToo und Black Lives Matter. Zur psychologischen Fundierung bemüht er Platons Seelenlehre, der zufolge „Thymos“ ein Teil der Seele und „das Zentrum sowohl des Zorns als auch des Stolzes“ (35) sei. Identitätspolitik sei „eine natürliche und unvermeidliche Reaktion auf Ungerechtigkeiten“ (141). Sie werde allerdings dann problematisch, wenn sie „von den schwerwiegenden Problemen größerer Gruppen“ ablenke; ein „beträchtlicher Teil der weißen Arbeiter in den USA ist in die Unterschicht abgeglitten – eine Erfahrung, die sich mit jener der Afroamerikaner in den siebziger und achtziger Jahre vergleichen lässt“ (142). Der Autor setzt „die Linke“ weitgehend mit der Demokratischen Partei gleich, die „keine Strategie für die Bewältigung der enormen Arbeitsplatzverluste (...) oder für die wachsenden Einkommensunterschiede“ (142f.) habe. Zumindest nach europäischen Maßstäben ist Fukuyama selbst kein Linker, vielmehr ist die Linke ein Hauptziel seiner Kritik, ungeachtet der Abgrenzung gegenüber dem Rechtspopulismus. Er meint, dass in „Marktwirtschaften (...) unterschiedliche Begabung und Herkunft (...) zu Ungleichheiten des Wohlstands“ (66f.) führen. Der identitätspolitischen Linken wirft er vor, „eine entsprechende Politik der Rechten ausgelöst“ (144) zu haben; die

„marxistische Linke“ sei beschädigt durch die „grotesken Diktaturen“ in der Sowjetunion und in China; der Ausbau des Wohlfahrtsstaats durch die „sozialdemokratische Linke“ sei in den 1970er Jahren auf eine „Realität fiskalischer Zwänge“ (138) gestoßen. Abschließend plädiert der Autor für eine nicht-ethnische, republikanische nationale Identität, die sonstige Unterschiede relativieren soll (155f.). Insgesamt ist die Analyse vor allem deshalb nicht überzeugend, weil Fukuyamas Zusammenhangsannahmen völlig unrealistisch sind. So lässt sich der deutsche Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert wohl kaum auf unbefriedigte Zugehörigkeitswünsche von Arbeitern und Bauern erklären (86ff.); auch dürfte „ethnische Vielfalt“ (155) nicht für die Kriege in Afghanistan und Syrien verantwortlich sein.

Lea Sussemichel und Jens Kastner verteidigen in ihrem Buch, was sie als linke Identitätspolitik wahrnehmen. Sie zitieren wie folgt aus dem sogenannten Combahee River Collective Statement von 1977, einer programmatischen Schrift zur Begründung eines „schwarzen“ Feminismus: „Wir glauben, dass die tiefgreifendste und potenziell radikalste Politik direkt aus unserer eigenen Identität kommt.“ (7) Das Zitat ist allerdings unvollständig, denn im Original fügen die Autorinnen hinzu: „as opposed to working to end somebody else's oppression“. Ebenso wird unterschlagen, dass die Mitglieder des Kollektivs sich als Sozialistinnen bezeichnen und sich mit Marx' ökonomischen Analysen einverstanden erklären, wenngleich sie diese für ergänzungsbedürftig halten. Die Aussagen sind symptomatisch, denn sie passen nicht in das Bild, das Su-

semichel und Kastner ihrem Publikum offensichtlich präsentieren wollen. Statt den Ansatz des Kollektivs historisch zu analysieren, erklären sie praktisch jede Politik zu Identitätspolitik, indem sie die subjektive Seite jeglicher Vergemeinschaftung zur „Identität“ zu erklären. Das wiederum erlaubt es ihnen unter anderem, Klassenbewusstsein als Identität und die Arbeiterbewegung als identitätspolitische Bewegung darzustellen (39ff.). Durch diese Brille betrachten sie ferner Antirassismus, Antikolonialismus, „linken Nationalismus“, Feminismus und Queer-Theorie. Betont werden jeweils deren subjektive und scheinbar zeitlosen Aspekte auf Kosten der objektiven und historischen. Antikapitalismus spielt allenfalls eine Nebenrolle, von (demokratischem) Sozialismus als einer künftigen Form der Gesellschaft ist nicht nennenswert die Rede. „Emanzipatorisch“, so Sussemichel und Kastner, sei linke im Gegensatz zu rechter Identitätspolitik in dem Maße, wie Grenzen von Zugehörigkeit „durchlässig und verschiebbar“ (17) seien. Wie Fukuyama haben auch sie einen sehr breiten Begriff von der „Linken“. Als linke Kritiker von Identitätspolitik attackieren sie „Showmaster wie Bill Maher, Politiker wie Bernie Sanders, Intellektuelle wie Slavoj Žižek“ (22). Und sie fügen hinzu: „Dass es sich dabei in großer Mehrheit um weiße Männer handelt, dürfte kein Zufall sein.“ Die Behauptung bleibt unausgeführt, die angegriffenen Positionen werden nicht dargestellt; die Merkmale ihrer angeblichen Urheber scheinen zu genügen, um sie zu diskreditieren. Zahlreiche linke Intellektuelle und Publizistinnen, die keine „weißen Männer“

sind, haben die jüngere US-amerikanische Identitätspolitik kritisiert, etwa Keeanga-Yamahtta Taylor, Katie Halper, Briahna Joy Gray, Barbara Fields, Asad Haider oder Adolph Reed. Die Polemik von Susemichel und Kastner zeigt das zentrale Problem der von ihnen vertretenen Identitätspolitik. Diese schließt persönliche und biologische Merkmale kurz mit Erfahrung, politischer Position und der Bewertung dieser Position. Es ist bezeichnend, dass bei ihnen Sanders nur als „weißer Mann“ und Hillary Clinton nur als Frau vorkommt, nicht aber deren gegensätzliche Politik. Diese Art „linker“ Identitätspolitik ist zwar nicht hauptverantwortlich für den Aufstieg der Rechten, aber sie ist zutiefst konservativ, soweit sie Positionen hauptsächlich an den persönlichen Merkmalen derjenigen bemisst, die sie vertreten. Susemichel und Kastner ist zuzustimmen, dass die Selbst- und Fremdzuschreibung von Merkmalen wie weiblich/männlich, homosexuell, behindert, schwarz etc. politisch und psychologisch bedeutsam sind oder sein können, aber insbesondere ihre Überverallgemeinerung von Identitätspolitik führt analytisch in die Sackgasse.

Michael Zander

Finanzkapital und Finanzmärkte

Achim Szepanski, Kapital und Macht im 21. Jahrhundert, LAIKA-Verlag Hamburg 2018, 353 S., 20,- Euro

Im Mittelpunkt des Buches steht das Finanzkapital: Kredite, Kapitalisierung, fiktives und spekulatives Kapital, Derivate, private Banken, Zentralbanken, die Geldschöpfung, die Digi-

talisierung der Finanzmärkte ... Das Kapital der güterwirtschaftlichen Sphäre, vom Autor „Realwirtschaft“ genannt – dies in Anführungszeichen; die monetäre Sphäre ist ja nicht minder real – wird nicht untersucht.

Die Schrift besitzt Vorzüge. Die Funktionen der Finanzmärkte werden deutlich. Auch ihre relativ neuen, exotischen Konstruktionen, die ein Laie schwer durchschaut, werden erläutert. So leistet der Autor einen Beitrag zum Verständnis der widersprüchlichen Einheit von monetärer und güterwirtschaftlicher Ökonomie. Wäre der Finanzmarkt nur ein Spielplatz, wie der durchaus berechtigte Begriff „Casinokapitalismus“ suggeriert, gehörte seine Darstellung in kein Lehrbuch. Doch mit Finanzmärkten funktioniert die kapitalistische Reproduktion besser als ohne sie. Finanzmärkte dienen der Beschaffung des Geldkapitals, das in produktives Kapital umgewandelt werden soll, auch durch Transaktionen mit Wertpapieren und Derivaten. (179) Sie sind Orte der Anlage und Auffangbecken für das zeitweilig und dauerhaft überflüssige Kapital des produzierenden Bereichs. Finanzmärkte ermöglichen die Allokation des Geldkapitals von Stellen, wo es nicht benötigt wird, zu anderen, wo es nachgefragt wird. Selbst der Markt für Derivate hat unter diesem Aspekt Sinn, wie Achim Szepanski zeigt. Er kann durch Übernahme (geringer) Risiken dazu beitragen, (größere) Risiken zu mildern oder zu vermeiden. Das der kapitalistischen Produktion immanente Realisierungsproblem und Kreditausfallrisiko, zeige, „dass das Investment unbedingt gehedgt werden muss.“ (135) Hedging ist eine Methode der Risikominderung durch Inkaufnahme

anderer Risiken, quasi eine Risikosubstitution. Das alles ist Grund, an die Bedeutung der Finanzmärkte zu erinnern, gerade vor dem Hintergrund dort stattfindender Eskapaden, die einige Ökonomen sinnieren lassen, ob es nicht das Beste wäre, sie abzuschaffen. Mitunter setzt der Autor erklärungsbedürftiges Wissen voraus, ist aber bemüht, den Mechanismus der Entstehung und Verwendung der Derivate zu erläutern und dem Leser zu helfen, bizarre Finanzprodukte und Geheimnisvolles jener Märkte zu verstehen. Forwards, Futures, Puts und Calls auf Optionen, credit default swaps und Ähnliches waren auch Marx noch nicht bekannt. Die Spekulation auf den Finanzmärkten ist mehr als ein Glücksspiel. Sie ist mit dem güterwirtschaftlichen Sektor der Volkswirtschaft verquickt und kann helfen, Ungleichgewichte dort zu mindern, kann sie aber auch eskalieren lassen.

Vielen Aussagen stimme ich zu. So habe der High-Frequenz-Handel mit Wertpapieren und Währungen gezeigt, „dass selbst bei geringen Profitraten bzw. Gewinnmargen enorm hohe Profitmassen realisiert werden können, wenn das bewegte Geldkapital groß genug ist“. (52) Soll die Profitmasse bei sinkender Profitrate gesteigert werden, erfordere dies einen immer größeren Kapitalvorschuss und neue Formen der Finanzierung. Daraus resultiere auch der starke Einfluss des Finanzsektors auf die Akkumulation. Viele Ökonomen setzen das Geld mit Kredit gleich. Szepanski ist zuzustimmen, dass der Kredit bzw. die Schulden nicht mit dem Geld identisch sind. Sie setzen es voraus. (57) Die Bedeutung des Kredits sei gestiegen in dem Maße wie der Anteil des

fixen Kapitals am Gesamtkapital größer wurde, „weil nun hohe Summen an Geldkapital langfristig vorgeschossen werden müssen und das Risiko der Entwertung des fixen Kapitals aufgrund der langen Amortisationszeiten steigt.“ (69) Szepanski widerspricht der weithin akzeptierten These, dass die Geschäftsbanken Geld aus dem Nichts schöpfen und Geld Nichts sei. (180 ff) Zwar schaffen Banken Giralgeld bzw. schöpfen Kredit, „aber nicht“, so schreibt er richtig, „aus dem Nichts...“, sondern der Kredit bedarf der spezifischen Interaktion zwischen der privaten Bank als Kreditgeber und dem Kunden als Kreditnehmer.“ (181) Die Geschäftsbanken benötigen bei der Kreditvergabe Zentralbankgeld für Bargeldauszahlungen an ihre Kunden, für die Haltung der Mindestreserve, zu der sie verpflichtet sind, und als Reserve im Interbankenverkehr, der über das Clearingsystem der Zentralbanken abgewickelt wird. (199) Analog ist auch die Entstehung des Zentralbankgeldes keine „bloße Schöpfung aus dem Nichts“, sondern resultiere aus einem Interaktionsverhältnis zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken, setzt also die Mitwirkung der Geschäftsbanken voraus. Letztlich ergibt sich daraus die Endogenität des Zentralbankgeldes (233 f.), das zwar von der Zentralbank bereitgestellt, aber dessen Höhe nicht autonom von ihr bestimmt werden kann. Szepanski ist auch zustimmen, dass manchmal finanzielle Krisen die Überakkumulation von Kapital eröffnen, manchmal auch dessen Ende markierten oder sich relativ unabhängig von „realökonomischen Konjunkturen“ entfalten. Und es sei nicht nur richtig,

dass aufgrund fehlender Möglichkeiten in der produktiven Sphäre das anlagensuchende Kapital auf die Finanzmärkte dränge und dort Blasen bilde. Überschüssiges Finanzkapital sei umgekehrt auch Quelle, Investitionen in der „Realwirtschaft“ zu finanzieren. (330f) „Das generell niedrige Wachstum der Ökonomie und die niedrige Profitabilität ihrer verschiedenen Sektoren waren wichtige Gründe für den Boom des Derivatehandels ... wobei umgekehrt die Derivate zusammen mit anderen Aspekten des Kreditystems wiederum die Kapitalakkumulation stimulierten, indem sie Transaktionskosten der Unternehmen verringerten, die Risiken erweiterten sowie Zahlungsverprechen für die Generierung von Profiten freisetzten.“ (334f)

Über Vieles kann man diskutieren, manches halte ich für problematisch, einige Aussagen für falsch. So meint der Autor, als Wertspiegel aller Waren sei keine Geldware nötig (18), Geld sei das äußere Maß der *Waren* (statt des Wertes) (19), die Ableitung des Geldes aus prämonetären Wertformen müsse scheitern (20), Geld besitze als allgemeines Äquivalent keinen Wert (21, 25 f.), es sei etwas prinzipiell Nicht-Inhaltliches (20), Werte könnten nicht gemessen, sondern nur in Preisen ausgedrückt werden (22), Wert und Geld könnten nicht unabhängig vom Kapital definiert werden (26, Fn. 15), Geld sei Resultat des Kapitals (22). Diese Bemerkungen sind unvereinbar mit der marxschen Geld- und Kapitaltheorie. Szepanski bezweifelt, dass Mehrwert allein in der Produktion entstehen und in der Zirkulation nur realisiert und angeeignet wird (38 Fn). Seine These, Marx habe dem finanziellen Kapital

die Potenz zur Geldvermehrung zugeschrieben (94), kann man mit Recht bezweifeln. Zurückweisen muss man die Auffassung, es gäbe „keinen Grund, warum man die Maschinerie oder heute die digitale Technologie nicht ebenso als Quelle von Mehrwert wie die lebendige Arbeit begreifen sollte.“ (131 Fn) Verwässert werden die Unterschiede zwischen dem Geldhandlungskapital und dem Leihkapital (59). Die Unternehmer zahlen in Form des Zinses auf das Eigenkapital nicht, wie der Autor behauptet, Zinsen an sich selbst (67). Mit dem Eigenkapitalzins geben sie in der Kostenkalkulation nur die entgangenen Zinsen aus der bestmöglichen, unterlassenen alternativen Verwendung des Kapitals als Größe der Mindestverwertung vor. Begriff und Inhalt des fiktiven Kapitals werden von Szepanski nicht klar definiert. Aktien, Unternehmens- und Staatsanleihen sind im eigentlichen Sinne nicht, wie er meint, das fiktive Kapital (85f), wiewohl dies auch in den Lehrbüchern der Politischen Ökonomie gesagt wird, die in den sozialistischen Ländern erschienen sind. Sie sind die *Träger* des fiktiven Kapitals. Eindeutig bei Marx: Aktien „stellen wirkliches Kapital vor“. „Rein illusorisch“ ist dagegen der Kapitalwert der Papiere. Er, das fiktive Kapital, entsteht durch Kapitalisierung, „indem eine sich regelmäßig wiederholende Einnahme in einen illusorischen Kapitalbetrag umgerechnet wird, der zum Durchschnittszinsfuß ausgeliehen, diese Einnahme abwerfen würde.“ (MEW 25: 482-485) Nicht die Wertpapiere sind fiktiv, sondern das Ergebnis ihrer Bewertung, jenes vorgestellte Kapital, das den Profit abwürfe.

Fraglich ist dann auch, ob für Marx das fiktive Kapital „die ausgereifteste Form des Kapitals, ja seine wichtigste Existenzweise“ gewesen sei. (85)

Achim Szepanskis Plädoyer für die Finanzmärkte ist begrüßenswert und berechtigt, auch wenn mitunter der Eindruck entsteht, dass deren Bedeutung etwas überhöht wird. Sein Buch ist trotz der genannten Schwächen ein nützlicher Beitrag, der hilft, die widersprüchlichen Wechselbeziehungen zwischen monetärem und produktivem Sektor der Volkswirtschaft besser zu verstehen.

Klaus Müller

Kerne und Repräsentationsformen von Kapital und Arbeit

Friedrich Lenger/Philipp Kufferath (Hg.), Sozialgeschichte des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert. JHW Dietz Verlag Bonn 2016, 395 S., 22,- Euro; Knud Andresen/Michaela Kuhnhenne/Jürgen Mittag/Stefan Müller (Hg.), Repräsentationen der Arbeit. Bilder – Erzählungen – Darstellungen. JHW Dietz Verlag Bonn 2018, 300 S., 38,- Euro

Postkapitalismus, Crash des Kapitalismus, sterbender Kapitalismus? Im Marx200-Jahr 2018 jedenfalls ist die wissenschaftliche Debatte über den uns seit dem Zeitalter der Renaissance ökonomisch umgebenden und unser wirtschaftliches Bewusstsein bestimmenden Kapitalismus in vollem Gange.¹ Doch ist er, wie manche Sozial-

wissenschaftler*Innen aufgrund seiner Anfangsgeschichte schlussfolgern, auch tatsächlich endlich? Oder zeigt er, einigen Historikerinnen und Historikern zufolge, eher Formverwandlungen zur Garantie seiner Überlebensfähigkeit? Diesen und anderen Kernfragen geht der von Friedrich Lenger und Philipp Kufferath herausgegebene Sammelband „Sozialgeschichte des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert“ nach. Er ist in der Reihe „Einzelveröffentlichungen des Archivs für Sozialgeschichte“ als Band 4 erschienen.

Mehr um die Repräsentationsformen des antagonistischen Komplements des Kapitals, der verschiedenen Formen der Arbeit und der Darstellung ihrer Formen und ihrer Produzenten geht es in dem zweiten, hier zu besprechenden Sammelband „Repräsentationen der Arbeit“, herausgegeben von Knud Andresen/Michaela Kuhnhenne/Jürgen Mittag/Stefan Müller. Beide Bücher sind in unterschiedlichen Reihen des JHW Dietz Verlages erschienen und dokumentieren aktuelle Debatten im Umfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Hans-Boeckler-Stiftung und des Archivs für Sozialgeschichte.

Die „Sozialgeschichte des Kapitalismus“ wird mit einer Erörterung von Dimensionierungs- und Periodisierungsansätzen des Kapitalismus von Friedrich Lenger eingeleitet. Dabei greift der Autor und Mitherausgeber sowohl auf innermarxistische Debatten aus den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts (Dobb/Sweezy) als auch auf systemtheoretische oder

1 Die drei einleitenden Kapitalismuskennzeichnungen beziehen sich auf die Bücher von Paul Mason: Postkapitalismus, Berlin 2016, sowie Immanuel Wallerstein/Randall

Collins/Michael Mann u.a.: Stirbt der Kapitalismus? Frankfurt am Main 2014.

auf klassische sozialwissenschaftliche Ansätze (Sombart) zurück. Eingehend wird die 2014 erschienene zweibändige „Cambridge History of Capitalism“ besprochen und als nicht hinreichend für die Erklärung der Ursprünge und Formwandlungen des aufsteigenden Kapitalismus vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein bewertet.² Andere Ansätze müssten daher zu Rate gezogen werden.

Gemeinsam sind allen erörterten Positionen im Wesentlichen drei, von Jürgen Kocka hervorgehobene Parameter: Durch alle Formwandlungen des Kapitalismus hindurch bestehen diese in den „individuellen Eigentumsrechten und dezentralen Entscheidungen über die Koordinierung der verschiedenen wirtschaftlichen Akteure vor allem über Märkte und Preise bis hin zu Kapitaleinsatz, Kredit, Profitorientierung und Rentabilitätskontrolle“.³ Kocka selbst leitet den Reigen der Aufsätze mit seiner Abhandlung „Kapitalismus und Demokratie“ ein. Beispielsweise fragt er: „Was hielten die Kapitalisten von der Demokratie? Typischerweise setzten sich Kapitalisten, Unternehmer und Manager zwar für gemäßigt liberale Verfassungsreformen und repräsentative Regierungsformen mit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit ein. Viel seltener sprachen sie sich dagegen für das all-

gemeine Wahlrecht und andere Formen der entschiedenen Demokratisierung aus. Im Gegenteil, je weiter diese voranschritt, desto häufiger befand sich die Bourgeoisie auf der Seite der Warner, Bremser und Gegner.“⁴ Kocka unterscheidet systematisch drei Bezugsformen des Kapitalismus zum politischen System in historischer Abfolge: Kapitalismus und Demokratisierung im 19. Jahrhundert, Kapitalismus und Diktaturen, sowie organisierter Kapitalismus und repräsentative Demokratie. In allen drei Phasen und Regierungsformen habe sich der Kapitalismus behaupten können, zu demokratischen Formen jedoch eine größere Affinität gezeigt als zur Diktatur, wengleich diese Teilen der Unternehmerschaft neue Profitmöglichkeiten, auch menschenfeindlicher Observanz, erschlossen habe. Der Finanzkapitalismus habe diese Affinität zur Demokratie allerdings starken Belastungsproben ausgesetzt, gerade hinsichtlich der Ungleichzeitigkeit von ökonomischer und finanzwirtschaftlicher Globalisierung einerseits und demokratischen Kontrollmöglichkeiten im eher nationalstaatlichen, bestenfalls multilateralen Rahmen andererseits. Sein Fazit: „Es gibt weder eine Garantie dafür, dass Kapitalismus Demokratie begünstigt und stärkt. Noch überwältigt, beschädigt oder zerstört er sie mit Notwendigkeit. Er kann beides, und beides findet häufig gleichzeitig statt. Welche dieser beiden Wirkungen dominant ist, entscheidet nicht der Kapitalismus per se, sondern die Art, in der er eingebettet, gestaltet und genutzt wird.“⁵ In

² Larry Neal/Jeffrey G. Williamson (Hrsg.), *The Cambridge History of Capitalism*, 2 Bände, Cambridge 2014. Siehe Friedrich Lenger, *Die neue Kapitalismusgeschichte*, in: ders./Kufferath (Hg.), *Sozialgeschichte des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 7-41, besonders S. 9-14.

³ Lenger, a.a.O., S. 15. Siehe auch Jürgen Kocka in demselben Band: *Kapitalismus und Demokratie*, S. 43-54, besonders S. 43-44.

⁴ Kocka, a.a.O., S. 45.

⁵ Ebd., S. 54.

der Logik dieser Ausführungen Kockas liegt ein implizites Plädoyer für eine neue Form eines organisierten, eingehetzten und domestizierten Kapitalismus. Doch reichen juristische, wirtschafts- und gesellschaftspolitische oder tarifpolitische Domestizierungsinstrumente wirklich *à la longue* aus? Beweist nicht gerade die Hinwendung von Teilen des Kapitals und des Bürgertums zum Autoritarismus und Faschismus die zumindest in Krisensituationen enorme Fragilität einer Entwicklungscoalition von Kapitalismus und Demokratie?

In zwölf weiteren Beiträgen kommen vielfältige Kernseiten des Kapitalismus in historischer wie in aktueller Perspektive zur Sprache: Prekariat, Reichtum und Erbrecht, Börse und Spekulation, aber auch Korruption, weiterhin die Finanzmärkte und deren Regulierung, Konsumismus und Ökologie, nicht zuletzt Produktionsmodelle im Wandel der Zeiten. So werden durch die vergangenen zwei Jahrhunderte verschiedene Kernfunktionen des Kapitalismus beleuchtet und verglichen. Das Ziel dieses Projekts wird als Beitrag zu einer noch zu schreibenden „neuen Kapitalismusgeschichte“ bezeichnet, wie Lenger bereits in seinem Einführungsaufsatz darlegt. Dabei skizzieren die in diesem Sammelband abgedruckten Texte mögliche und relevante Zugänge zum Verständnis der historischen Wandlungen (Verlags- und Handelskapitalismus, Industriekapitalismus, Finanzkapitalismus; Sklaverei- und Kriegskapitalismus) dieses nun schon jahrhundertlang dominierenden Produktions- und Distributionssystems und sollen dazu führen, „die Dynamik des Kapitalismus aus dessen Zeitstruktur zu er-

klären“.⁶ Dabei bleibt – auch im Fazit Lengers – die Frage offen, inwieweit die diagnostizierte Zukunftsorientierung des Kapitalismus einhergeht mit einer wachsenden, über die reine Realisierung von Profiten hinausgehende Antizipation einer Gesellschaft als eines gemeinsam beschrittenen Weges der Zivilisierung. Insgesamt bietet dieser Band diskussionswürdige Ansätze, wenngleich er durchscheinen lässt, dass es in der Grundlinie um einen neuen Regulationsrahmen geht, weil man sich mit der Fortexistenz des Kapitalismus abzufinden habe.

Nicht jeder der Texte ist sprachlich so gestaltet, dass er über das interessierte Fachpublikum hinausgelangen kann, besonders wenn man an die Reflexion und die Praxis von Gewerkschafts- und Betriebsrats- oder Personalratspolitik denkt. Positiv aber ist in dieser Hinsicht anzumerken, dass im Anhang des Buches zu jedem Beitrag eine Summary auf Englisch beigefügt ist, womit für internationale Debatten zumindest ein Anreiz geschaffen wurde.

Mit einer anderen Seite des Kapitalismus, nämlich mit der Repräsentation bzw. Selbstrepräsentation der Arbeit und der Arbeitenden, setzt sich der hier komplementär behandelte Sammelband von Andresen/Kuhnhenne/Mittag/Müller (Hg.) auseinander. Er basiert auf einer gemeinsamen Tagung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung im November 2013 in Düsseldorf. Die Herausgeber betonen: „Dem Band liegt dabei die These zugrunde, dass Repräsentationen als eigenständige

⁶ Lenger, a.a.O., S. 41.

Praxis kollektive wie individuelle Wahrnehmungen und andere Praktiken beeinflussen und bedingen. Sie rahmen, ebenso wie andere Praktiken, die Grenzen des Sagbaren und des gesellschaftlich Akzeptierten, unterliegen aber immer auch einem historischen Wandel und der Aushandlung.⁷ Man könnte es in Anlehnung an das Sprichwort „Wie man sich bettet, so liegt man“ übersetzen, dass das Selbstbewusstsein und das Selbstverständnis beispielsweise einer Belegschaft oder der Angehörigen einer Berufsgruppe sehr stark auch mit ihrer inszenierten Selbstwahrnehmung zusammenhängt, also von ihrem Arbeitsethos, von ihrer Kampfkraft, von ihrem Ansehen, der Binnenkultur und von der Stabilität oder Fragilität ihrer materiellen Lage im gesellschaftlichen und ökonomischen Gefüge und der kollektiven Reflexion dieser (und weiterer) Faktoren, die den Begriff „Repräsentation“ konstituieren. Das gilt für die klassischen Arbeitsgesellschaften, kapitalistische und sozialistische, nicht zuletzt in Gedenken an ihre einstige Bedeutung und dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft hier bzw. ihrer Abtragung nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus dort gleichermaßen. Als Beispiel führen die Herausgeber in ihrer Einleitung das vom einstigen Duisburger Stahlwerk in Rheinhausen verbliebene Pfortnerhäuschen an, das, unter Denkmalschutz stehend, an den ehemals größten Arbeitgeber im Ort

erinnert und quasi die Geschichte und Kultur dieses Makrokosmos der Arbeit repräsentiert.⁸ Hier werden der „Abschied vom Malocher“ und die Entwicklung weg von der körperlichen Schwerstarbeit hin zu stärker büro- und kundenzentrierter Arbeit, aber auch der Rückgang gesicherter Arbeitsverhältnisse und der Ausbruch neuer Erwerbsarmut greifbar. Die Herausgeber definierten von daher „Repräsentation als die Vergegenwärtigung von etwas [...], das im direkten, materiellen oder wörtlichen Sinne nicht präsent ist“.⁹

Der Band ist in fünf Kapitel gegliedert, die jeweils zwei oder drei Beiträge umfassen. Im ersten Kapitel „Industrielle Arbeit“ setzt sich Lars Bluma mit den „Funktionen von Repräsentationen des Arbeiterkörpers“ auseinander. Er befasst sich sowohl mit der medizinischen Seite und ihrer Verwissenschaftlichung am Beispiel von Berufskrankheiten wie der Silikose (Staublunge) und dem Augenzittern, was sowohl für die Diagnostik und die Anerkennung von Berufskrankheiten für die „Kumpel“ als auch für die Berufsgenossenschaften gleichermaßen wichtig und mehr und gegenseitig kontrollierbar wurde, ebenso auch mit dem Wandel der Körperbilder des Bergmanns, welche oft ganz und gar nicht die gesundheitlichen Folgeprobleme der Arbeit „unter Tage“ repräsentierten, sondern den Arbeiterkörper heroisierten. Sigrüd Koch-Baumgarten beschäftigt sich mit der medialen Berichterstattung und der gewerkschaftlichen Selbstrepräsentation während des großen Streiks der IG Metall für die Lohnfortzahlung

7 K. Andresen/M. Kuhnhenne/J. Mittag/S. Müller, Perspektiven historischer Analysen im Spannungsfeld von Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte (Einleitung), in: dies. (Hg.), Repräsentationen der Arbeit, Bonn 2018, S. 10.

8 Ebd., S. 13.

9 Ebd., S. 8. Diese Definition ist entlehnt von Hanna F. Pitkin 1967.

im Krankheitsfall in Schleswig-Holstein 1956/57. Da tarifpolitische Auseinandersetzungen eine „kommunikative Doppelstruktur“ besäßen, würden sie einerseits in rechtlich normierten Verfahren der Tarifparteien ausgetragen und entsprechend interessenpolitisch reduziert publiziert. Gleichzeitig aber findet ein Tarifkonflikt genau so in der Öffentlichkeit statt und bedeutet ein ständiges Ringen um Legitimierung des eigenen Vorgehens bzw. Delegitimierung der antagonistischen Tarifpartei, mithin ein Kampf um die Hegemonie in der öffentlichen Meinung. Dass die IG Metall von daher am Ende des Tarifkampfes, den sie sehr erfolgreich in den Binnenstrukturen kommunizierte, durch die stark von Gesamtmetall hegemonisierte Öffentlichkeit zur Annahme der Schlichtung gedrängt wurde, arbeitet sie mitsamt der prägenden Konflikte und Widersprüche prägnant heraus. Der britische Bergarbeiterstreik von 1984/85 steht im Focus der Ausführungen von Arne Hordt. Doch nicht die historische Niederlage der Gewerkschaft beschäftigt hier den Verfasser, sondern die sprachlich verdichteten Deutungskämpfe um Begriff und Inhalt von Arbeit in beiden Lagern, also auch auf Seiten der Regierung Thatcher, nicht zuletzt aber auch innerhalb der Arbeiterbewegung selbst. Die Niederlage der Streikbewegung bildet, so Hordts Fazit, „einen entscheidenden Wendepunkt für die Durchsetzung neuer Bilder von Arbeit im öffentlichen Diskurs Großbritanniens.“¹¹

Kapitel II thematisiert den „Verlust von geregelter Arbeit“ als Gewinn. An Beispielen der Gegenwartsliteratur über den Umgang mit dem Verlust von Arbeitsplatz und sicherer Arbeit und der Verarbeitung dieser Prozesse entwickeln Torsten Erdbrügger/Inga Probst sowie Cora Rok in zwei Beiträgen die Diskurs- und Repräsentationsveränderungen der Arbeit in den letzten Jahrzehnten des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Im dritten Kapitel wiederum geht es um die Repräsentation von Arbeit im Museum, zunächst speziell im Museum des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Hattingen, der ehemaligen „Henrichshütte“, die im Dezember 1987 stillgelegt wurde (Olaf Schmidt-Rutsch). Um eine realistische und repräsentative Darstellung von Industriekultur generell kreist der Beitrag von Sabine Ritter, die verschiedene Museen auf „Bilder der Arbeit im Museum – kulturhistorische Museen und die Imaginationskrise der Arbeit“ vergleicht. Einen ähnlichen Akzent setzen die beiden Texte des vierten Kapitels „Unterhaltung und Belehrung“. Daniela Mysliwicz-Fleiß stellt hier die Wahrnehmung der industriellen wie landwirtschaftlichen Arbeit aus Sicht des Bürgertums vor rund einem Jahrhundert dar und macht dadurch greifbar, wie sehr sich diese Weltwahrnehmung der Besitzenden von der der Arbeitenden unterschied. Jana Hawig erinnert an die „Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“, die von 1903 bis 1944 vor allem den Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Gewerbehygiene und Soziale Wohlfahrtseinrichtungen in 31

11 Arne Hordt: Ein Konflikt um „Arbeit“? Zur performativen Kraft politischer Sprache im britischen Bergarbeiterstreik 1984-1985, in:

Andresen/Kuhnhenne/Mittag/Müller (Hg.), a.a.O., S. 77.

Ausstellungsgruppen präsentierte und in Berlin-Charlottenburg angesiedelt war. Sie war eine Pionieraustellung und wurde häufig zum Ziel von betrieblichen Delegationen. Im Schlusskapitel „Visuelle Repräsentationen“ nimmt zunächst Agneta Jilek die Porträtfotoschauen der DDR von 1971-1986 und deren Widerspiegelung von Veränderungsprozessen der Arbeit und ihrer Repräsentation im Staatssozialismus in den Blick. Stefan Moitra untersucht die divergierenden ikonographischen und rhetorischen Elemente des Kampfes um Mitbestimmung im westdeutschen Bergbau von 1945-1969 und zeigt z.B. an Betriebszeitungen auf, dass auch sie zum Deutungs- bzw. Machtkampf zwischen Arbeit und Kapital gehören. Rudolf Tschirbs schließt den Kreis mit seiner Analyse zweier Bergarbeiterfilme aus der Zwischenkriegszeit, darunter die Verfilmung des klassischen walisischen Sozialepos „How green was my valley“ von Richard Llewellyn durch John Ford.

Summa summarum liefert dieser Sammelband einen anschaulichen Einblick in die kulturhistorischen Diskurse und Zugänge zur Darstellung von Arbeit aus einer Zeit, die so lange noch nicht vergangen ist, aber bereits mehreren Generationen fremd wird. Wie die Herausgeber zu Recht betonen, gilt das in einer Zeit des beschleunigten Umbruchs auch der Arbeitswelten für die politische Seite der Repräsentation der Arbeit und der Arbeitenden nicht minder. Hier kann die kulturwissenschaftliche Herangehensweise tatsächlich sehr Interessantes aus den Schichten „unter Tage“ an die Oberfläche fördern.

Holger Czitrich-Stahl

Arbeiterbewegung von rechts?

Karina Becker/Klaus Dörre/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt am Main 2019, Campus-Verlag, 359 Seiten, 24,95 Euro

Rechtspopulistische Parteien verzeichnen Erfolge bei WählerInnen aus allen Klassen und Schichten – nicht nur in Deutschland. Rechte Orientierungen gibt es auch bei Arbeiterinnen und Arbeitern, häufig sogar bei Gewerkschaftsmitgliedern und bei BetriebsrätInnen. Warum ist das so? Und kann man schon von einer rechten Arbeiterbewegung sprechen? Um diese Fragen geht es im vorliegenden Sammelband. Er ist hervorgegangen aus einer Tagung, die das DFG-Kolleg „Postwachstumsgesellschaften“ an der Uni Jena im Juni 2017 zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen ausgerichtet hatte (siehe den Bericht von Horst Kahrs in Z 111, S. 236-239). Insgesamt sind hier 33 Autorinnen und Autoren mit 22 Beiträgen vertreten.

Herausgeberin und Herausgeber stellen fest, dass rechtspopulistische Orientierungen bei Gruppen von ArbeiterInnen und Angestellten nichts völlig Neues sind und sich auch nicht „auf prekarierte Gruppen beschränkten“ (15). Hier beginnen dann auch schon die politischen und wissenschaftlichen Kontroversen, die das Buch reichlich dokumentiert – so reichlich und manchmal redundant, dass der rote Faden nicht immer leicht zu finden ist. Bewusst will der Sammelband die Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit sowohl der wissenschaftli-

chen Diagnosen als auch der politischen Schlussfolgerungen präsentieren (18). Das geschieht in vier thematischen Blöcken: Im ersten geht es darum, wie der Aufstieg der neuen Rechten und die überdurchschnittliche Sympathie von ArbeiterInnen für rechte Orientierungen zu erklären sind. Der zweite Block befasst sich mit arbeitsweltlichen Einflussfaktoren für völkisch-populistische Orientierungen, der dritte richtet den Blick auch auf andere europäische Länder. Im vierten Teil dann werden die Kontroversen um Klassen- und/oder Identitätspolitik noch einmal aufgenommen.

Was die Ursachen für die Affinität beträchtlicher Arbeitergruppen zum Rechtspopulismus betrifft, hat der umfangreiche Beitrag von Klaus Dörre (49-80) eine Art Leitfunktion. Dörre greift das Motiv der „Warteschlange“ auf, das die US-Soziologin Arlie Russell Hochschild – eine Referentin der Tagung – in einem Interview in diesem Band (25-33) benutzt und das Brigitte Aulenbacher erläutert (35-48): Gemeint ist der Sachverhalt, dass Lohnabhängige sich in einer Warteschlange sehen, um irgendwann ihren Traum von einem besseren Leben zu verwirklichen – ein Traum, der unerfüllt bleibt, während sie das verbitterte Gefühl haben, andere, später Hinzugekommene schoben sich an ihnen vorbei und sollten besser „draußen“ gehalten werden (53).

Dörre warnt vor Kurzschlüssen: Es gibt keinen einfachen linearen Zusammenhang zwischen sozialer Deklassierung und dem rechtsaffinen Votum von Lohnabhängigen. Vor allem Rassismus als eigenes, komplexes und mehrschichtiges Phänomen entzieht sich solchen simplen Deutungen. Des-

halb „greifen Erklärungen, die rassistische Bedeutungsmuster allein aus sozioökonomischen Verwerfungen und Krisen ableiten, zu kurz“ (58).

Diese Position stützen auch Klaus Kraemer (297-311) und Gudrun Hentges (101-116). Dem widersprechen zwar Andreas Nölke und Dirk Jörke im letzten Abschnitt des Buches, aber Dörres Argument ist kaum von der Hand zu weisen. Empirisch solide Belege dafür liefert der Beitrag von Wilhelm Heitmeyer (117-134). Sein Fazit: Es sei eine Art Selbsttäuschung, „dass es sich bei der Bundestagswahl 2017 um eine ‚Protestwahl‘ gehandelt habe und sich die Bürger von der AfD wieder rasch abwenden würden, wenn man sich mehr um sie und ihre Probleme ‚kümmern‘ würde. Unsere längsschnittlichen Untersuchungen lassen eher auf relativ stabile Sozialisations- und Denkmuster statt auf kurzfristige Stimmungen als Grundlage für die Wahl der AfD schließen.“ (132)

Dörre verweist auf den „rationalen klassenpolitischen Kern“ des Rechtspopulismus (60). Das Fehlen von organisierten gewerkschaftlichen und politischen Mobilisierungen, das Fehlen von solidarischem Klassenhandeln habe ein politisches Vakuum erzeugt, „das durch ressentimentgeladene Kausalmechanismen gefüllt werden kann“ (65).

Das führt zum zweiten Themenblock. Die Autorinnen und Autoren der insgesamt sieben Beiträge dieses Abschnitts stimmen weitgehend überein: Es gibt arbeitsweltliche Problemlagen, deren Zuspitzung als Treiber rechtspopulistischer Deutungsmuster fungiert (Urban 183-196), und zwar „auch

oberhalb der Zonen der Prekarität“ (Detje/Sauer 201), zum Beispiel bei Facharbeitern. Mehr Klarheit über diese Zuspitzung sei unerlässlich zur Entwicklung wirksamer Gegenstrategien. Denn eine „Arbeiterbewegung von rechts“ gebe es zwar noch nicht (Lorenzen/Neumann/Seehaus/Trappmann 153), wohl aber massive Bestrebungen, aus den Zumutungen der Arbeitswelt resultierenden Frust nach rechts zu wenden.

Dieser Frust entsteht, wie Detje/Sauer auf der Basis ihrer umfangreichen Erhebungen konstatieren, aus einem ganzen Komplex von arbeitsweltlichen Unsicherheitserfahrungen, das alles verbunden mit einem verletzten Gerechtigkeitsempfinden, mit mangelnder Anerkennung, mit dem Gefühl, von den Verantwortlichen im Betrieb und mehr noch auf der politischen Ebene alleingelassen und nicht ernst genommen zu werden (202f.). Hier kommt dann der Rechtspopulismus mit seinen „Sicherheits- und Ordnungsversprechen“ ins Spiel (203).

Es ist Tatsache, dass sich aus den genannten Entwertungserfahrungen, wie Sophie Bose/Jakob Köster/John Lütten auf Grund qualitativer Interviews zeigen, auch bei gewerkschaftlich Aktiven und Betriebsräten ein gefestigtes rechtes Weltbild ergeben kann: Hier sei im Kern ein „bipolares Gesellschaftsbild“ entstanden, das den Hauptgegensatz zwischen dem „Volk“ und „den Eliten“ oder dem „System“ sieht (214f.), verbunden mit Vorstellungen eines „einheitlichen Volkswillens“. Diese Vorstellung ist offen für eine Ethnisierung sozialer Konflikte im Sinne eines Innen – Außen.

Aber auch dieser Prozess verläuft nicht

automatisch, es gibt Übergänge und Einflussmöglichkeiten für eine „Politisierung im Sinne demokratischer, sozialer Werte“ (Bose/Köster/Lütten 218ff.) Was denkbar ist, ist aber noch längst nicht Realität. Es sind, so schreibt Sophie Bose in ihrem Beitrag, gerade die „systemisch schwachen Gegenmachtressourcen“, das Fehlen der „Kollektivressource Solidarität“, die dann dem Eindringen des Rechtspopulismus Raum geben (230).

Die beiden in dem Band vertretenen GewerkschafterInnen – Annelie Buntenbach und Hans-Jürgen Urban – sehen das Problem sehr klar. Buntenbach nennt als Aufgabe der Gewerkschaften, „Spaltungslinien in der Gesellschaft und im Betrieb aktiv zu bekämpfen, um Entsolidarisierungsprozessen entgegen zu wirken“ (178). Ähnlich wie Buntenbach sieht Urban die Gewerkschaften auf diese Aufgaben aber eher nicht gut vorbereitet (189). Urban plädiert für einen „inkludierenden Demokratiereformismus“ – zu dem die Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag leisten müssen, den sie allerdings nicht alleine stemmen können (191). Diese inkludierende Politik müsse soziale, kulturelle und politische, vor allem demokratiepolitische Interventionen einschließen (191ff).

Der dritte Themenblock des Buches richtet den Blick über den deutschen Tellerrand hinaus auf einige europäische Länder, nämlich Österreich, Polen und Portugal. In Portugal konnte der Rechtspopulismus bisher nicht Fuß fassen, in den beiden anderen Ländern geschieht das auf sehr unterschiedliche Weise.

Es folgt dann noch ein vierter, fast 80

Seiten umfassender Themenblock „Kontroversen: Klassen- und/oder Identitätspolitik?“ mit fünf, teilweise aus einem Panel der eingangs genannten Tagung hervorgegangenen Beiträgen. Birgit Sauer kritisiert radikalen Rechtspopulismus (auch) als männliche Identitätspolitik – ausgehend von der Einsicht, dass Rechtspopulismus nicht nur eine rassistische, nationalistische und völkische, sondern auch eine sexistische und homophobe Ideologie verbreitet (313).

Kontroverses bieten die Beiträge von Dirk Jörke, Andreas Nölke und Silke van Dyk/Stefanie Graefe. Die unterschiedlichen Positionen sind bekannt und werden hier nicht wiederholt. Argumente dazu liefern schon die vorherigen Beiträge von Dörre, Heitmeyer, Detje/Sauer und anderen.

Van Dyk/Graefe versuchen, einen möglichen Konsens zu skizzieren. Es müsse darum gehen, die „Rechte und Sicherheiten“ der Lohnabhängigen „inklusive weiterzudenken und die Kritik an der fordistischen Klassenpolitik für eine vorwärts- statt rückwärtsgewandte Klassenpolitik zu nutzen“ (342). Wenn sie also abschließend fordern, das Verhältnis von Klassen- und Identitätspolitik neu zu justieren (350), rennen sie bei vielen Linken offene Türen ein, bleiben aber abstrakt. Hier fangen ja die Probleme und Diskussionen eigentlich erst an. Wer dazu mehr nachlesen will, muss wieder nach vorne blättern.

Jürgen Reusch

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Stefan Bollinger, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, André Leisewitz, John Lütten, Patrick Ölkrug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HELADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
 Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage des VSA:Verlages Hamburg.
 Redaktionsschluss: 1.5.2019.